



Bezirkliche Koordinierungsstelle für  
Demokratieentwicklung am Ort der Vielfalt  
Marzahn-Hellersdorf

Stiftung SPI  
Stadtentwicklung, Ausnahme & Regel  
Demokratieentwicklung & Diversity

# Demokratieentwicklung am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf

## Jahresbericht 2014

### ■ Herausgeber

Stiftung SPI  
Sozialpädagogisches Institut Berlin – »Walter  
May«  
Rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts,  
Sitz Berlin.  
Anerkannt durch die Senatsverwaltung für Justiz.  
Sie unterliegt nach dem Berliner Stiftungsgesetz  
der Stiftungsaufsicht Berlins.  
Der Gerichtsstand der Stiftung ist Berlin.

### ■ Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes

Dr. Birgit Hoppe,  
Vorstandsvorsitzende/Direktorin  
E-Mail: [info@stiftung-spi.de](mailto:info@stiftung-spi.de)

### ■ Copyrights

Alle Urheberrechte liegen bei der Stiftung SPI,  
sofern nichts anderes angegeben ist.  
Vervielfältigungen sind nur mit Angabe der Quelle  
und vorheriger Information und Freigabe durch  
die Redaktion gestattet.

### gefördert durch:

**Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin**



### ■ Redaktion

Stiftung SPI  
POLIS\* – Bezirkliche Koordinierungsstelle für  
Demokratieentwicklung am Ort der Vielfalt  
Marzahn-Hellersdorf

### erstellt von:

Raiko Hannemann, Projektkoordinator  
mit freundlicher Unterstützung von  
Dr. Thomas Bryant, Integrationsbeauftragter  
von Marzahn-Hellersdorf

Rathaus Marzahn-Hellersdorf  
Alice-Salomon-Platz 3 / Raum 3.29  
12627 Berlin  
Fon: 030 / 99 27 50 96  
Fax: 030 / 99 27 50 97  
E-Mail: [polis@stiftung-spi.de](mailto:polis@stiftung-spi.de)  
Internet: <http://www.mbt-ostkreuz.de>  
[www.stiftung-spi.de/polis](http://www.stiftung-spi.de/polis)

### sowie gefördert durch:



Senatsverwaltung  
für Arbeit, Integration  
und Frauen

### im Rahmen von:



Das Landesprogramm

## **INHALTSVERZEICHNIS**

<b>Vorwort</b> .....	<b>3</b>
<b>1. DAS VERZEICHNIS</b> .....	<b>7</b>
<b>2. KATEGORISIERUNG</b> .....	<b>9</b>
<b>2.1. ART DER VORFÄLLE</b> .....	<b>9</b>
<b>2.2. INHALTLICHE ZUORDNUNG</b> .....	<b>10</b>
<b>2.3. ORTE</b> .....	<b>11</b>
<b>3. STATISTIK</b> .....	<b>12</b>
<b>3.1. ERHEBUNG 2014</b> .....	<b>12</b>
<b>3.1.1. ART DER VORFÄLLE</b> .....	<b>12</b>
<b>3.1.2. INHALTLICHE ZUORDNUNG DER VORFÄLLE</b> .....	<b>12</b>
<b>3.1.3. ORTE</b> .....	<b>13</b>
<b>3.2. VERGLEICH ZUM VORJAHR</b> .....	<b>13</b>
<b>3.2.1. ART DER VORFÄLLE</b> .....	<b>13</b>
<b>3.2.2. INHALTLICHE ZUORDNUNG</b> .....	<b>14</b>
<b>3.2.3. ORTE</b> .....	<b>15</b>
<b>4. AUSWERTUNG</b> .....	<b>15</b>
<b>4.1. ART DER VORFÄLLE</b> .....	<b>19</b>
<b>4.2. INHALTLICHE ZUORDNUNG</b> .....	<b>21</b>
<b>4.3. ORTE</b> .....	<b>23</b>
<b>5. ERFAHRUNGSBERICHTE</b> .....	<b>26</b>
<b>6. MAßNAHMEN ZUR DEMOKRATIEENTWICKLUNG</b> .....	<b>34</b>
<b>7. CHRONIK DER GESAMMELTEN VORFÄLLE IM VERZEICHNIS 2014</b> .....	<b>39</b>

## **Haftungsausschluss**

Die Angaben im vorliegenden *Jahresbericht zur Demokratieentwicklung am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf 2014* (einschließlich „*Verzeichnis Marzahn-Hellersdorf zur Erfassung aller Vorkommnisse, die in Zusammenhang mit antisemitischen, rechtsextremen und rassistischen Wahrnehmungen stehen*“) dienen der allgemeinen Information und basieren auf Informationen aus Ämtern und Diensten des Bezirksamtes sowie Einrichtungen und Projekten in freier Trägerschaft, Initiativen und engagierten Einzelpersonen. Es werden ebenso Zeitungsmeldungen sowie Pressemitteilungen der Berliner Polizei berücksichtigt. Trotz sorgfältiger Prüfung übernehmen wir für die Angaben keinerlei Gewähr oder Verantwortung für unrichtige oder fehlende Angaben in den wiedergegebenen Inhalten.

\* \* \*

## **Dank**

Unser Dank gilt allen Ämtern, Einrichtungen, Vereinen, Initiativen und Einzelpersonen, die mit ihren Informationen und mit ihrer Zuarbeit diesen Jahresbericht ermöglicht haben (aus Anonymitätsgründen nicht alle genannt):

*Bezirksamt (Bezirksbürgermeister, stellvertretende Bezirksbürgermeisterin, Integrationsbeauftragter, Schul- und Sportamt, Ordnungsamt), die demokratischen Parteien und Parteiorganisationen in Marzahn-Hellersdorf, Berliner Polizei, Alice Salomon Hochschule, Hellersdorf hilft e.V., Kulturforum Hellersdorf, Konrad-Wachsmann-Schule, Kids & Co. e.V., JAO gGmbH, Antifa Marzahn-Hellersdorf, Register Lichtenberg, Register Charlottenburg-Wilmersdorf, ReachOut, apabiz, RIAS, Presse (Berliner Zeitung, Tagesspiegel, Tageszeitung), engagierte Bürgerinnen und Bürger*

## VORWORT

Ereignisse im Bezirk Marzahn-Hellersdorf können nicht isoliert von bundesweiten und internationalen Diskursen und Entwicklungen in der Politik betrachtet werden. Seit Jahren andauernde und auch 2014 prägende Debatten über den Islam, die Flüchtlingspolitik, über „Integration“ sowie die scharfe Auseinandersetzung um die Eurokrise der südeuropäischen EU-Staaten prägten auch die Entwicklungen im Bezirk. Im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2014 intensivierten sich im Bezirk noch einmal die bereits seit Sommer 2013 laufenden rechtspopulistischen und rechtsextremen Aktivitäten (durchaus in Anlehnung an europäische Entwicklungen).

Aber es gibt auch bezirksspezifische Entwicklungen im Jahr 2014; sei es im Bereich Demokratieentwicklung in positiver Hinsicht, sei es im Bereich demokratiefeindlicher Aktivitäten in negativer Hinsicht. Im Jahr 2013, in dem Marzahn-Hellersdorf sogar weltweit in die Schlagzeilen geriet, lieferten rechtsextreme Aktivitäten rund um die im Sommer jenes Jahres eröffnete Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge und Asylbewerber/innen in der Carola-Neher-Straße die Blaupause für rechtsextreme Protestformen deutschlandweit. Unter Missbrauch eines diffusen Unbehagens, das bei einigen Anwohner/innen rund um die neu zu errichtende Unterkunft vorhanden war, schürte man gezielt Ängste und Wut. Teilweise war es den Agitator/innen gelungen, sog. „besorgte Bürger/innen“ auf Bürger/innenversammlungen und auf Demonstrationen hinter rechtsextremen Parteien und Rädelsführern zu versammeln. Dieses Kalkül ist in rechtspopulistischen und rechtsextremen Kreisen zu einer der wichtigsten Strategien für den Versuch geworden, sich stärker in der sog. „bürgerlichen Mitte“ zu etablieren. Eine Bürger/innenversammlung am 9. Juli 2013 leitete eine Welle von rechtsextremistischen und rechtspopulistischen Protesten und offensiven, auch gewalttätigen Aktivitäten rund um das Thema Asyl und Flucht ein. Diese Entwicklungen prägten auch das Jahr 2014. In der ersten Jahreshälfte konzentrierten sich rechtsextremistische Aktivitäten in den Stadtteilen rund um die Gemeinschaftsunterkunft in der Maxie-Wander-Straße/Carola-Neher-Straße. Hinzukam, dass rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien bis Mai 2014 durch intensive Präsenz und Aktivität aus den Auseinandersetzungen um die Flüchtlingspolitik, aber auch um die Euro-Rettungspolitik, bei den Wahlen zum Europäischen Parlament Kapital zu schlagen versuchten; angesichts der Wahlergebnisse einiger Parteien dieses Spektrums durchaus mit Erfolg.

In der zweiten Jahreshälfte nahmen Rechtsextreme und Rechtspopulist/innen das Bekanntwerden der Errichtung einer weiteren Unterkunft für Flüchtlinge am Blumberger Damm zum Anlass für weitere Agitationen und Aktivitäten. Regelmäßig wurden sog. „Montagsdemos“ (in Anlehnung an die Proteste in der DDR vor dem Mauerfall 1989) durch eine sog. „Bürgerbewegung Marzahn-Hellersdorf“ durchgeführt. Geografisch verlagerte sich somit der Schwerpunkt nach Marzahn. Beunruhigend ist ferner der im Vergleich zum Vorjahr

bemerkenswerte Anstieg von Angriffen, Beleidigungen und Drohungen gegen politische Gegner/innen, engagierte Flüchtlingshelfer/innen und sogar Lokalpolitiker/innen.

Zur Präzisierung bzw. Differenzierung der hier im Bericht als rechtsextrem oder rechtspopulistisch erfassten Vorfälle müssen zwei Aspekte berücksichtigt werden.

Zum einen: Die im weitesten Sinne als „rechtsextrem motiviert“ eingestuften Vorfälle betreffen selbstverständlich nicht ausschließlich diejenigen Vorfälle, die direkt oder auch indirekt mit den Protesten gegen eine Flüchtlingsunterkunft in Verbindung stehen. Die hohe Aufmerksamkeit für die Auseinandersetzungen um die Flüchtlingspolitik darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass 2014 – so wie in den Berichtsjahren zuvor – auch zahlreiche Vorfälle erfasst wurden, die mit dieser Thematik im engeren Sinne nichts zu tun hatten und es sich folglich um ein viel facettenreicheres Phänomen handelt, als dies auf den ersten Blick erscheinen mag. Außerdem ist nicht jeder Vorfall automatisch dem organisierten deutsch-völkischen Rechtsextremismus zuzuordnen, da einige Vorfälle beispielsweise „alltagsrassistisch“ motiviert sind, ohne dass es dazu einer organisatorisch-institutionellen Anbindung (z.B. in Form der Mitgliedschaft in einer Kameradschaft) bedarf.

Zum anderen: Besonders hartnäckig widersetzt sich hin und wieder die „weiche“ und facettenreiche Wirklichkeit der „harten“ und schematisierenden Statistik, weil die Wirklichkeit keine klaren Kategorien kennt, sondern nur „Grauzonen“ und fließende Übergänge. Insofern ist immer ein Problem der Statistik, bspw. die Grenzen zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus deutlich zu ziehen; zumal auch diese Kategorien in der Forschung umstritten sind. Im Sinne der Operationalisierbarkeit ist hier jedoch entschieden worden, zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus zu unterscheiden.

Die Thematisierung von Vorfällen, *„die in Zusammenhang mit antisemitischen, rechtsextremen und rassistischen Wahrnehmungen stehen“*, darf nicht darüber hinweg täuschen, dass es 2014 vielfältige Anstrengungen und erfreulicherweise auch Erfolge auf dem Feld der bezirklichen Demokratieentwicklung gegeben hat. Es ist nicht nur rechtsextremen Akteur/innen gelungen, relativ regelmäßig Menschen für Protestkundgebungen zu mobilisieren. Zur Vollständigkeit des Bildes gehört auch, dass der Bezirk im Jahr 2014 insgesamt im Bereich der Demokratieentwicklung gleichsam einen signifikanten Sprung nach vorn gemacht hat. Es ist vielen engagierten Bürger/innen, sowie allen demokratischen Parteien, dem Bezirksamt und zivilgesellschaftlichen Initiativen gelungen, nicht nur regelmäßig in Gegenkundgebungen sich rechtsextremistischen oder rechtspopulistischen Demonstrationen sog. „besorgter Bürger/innen“ entgegenzustellen. Auch im Bereich der Willkommenskultur zeigten viele Bürger/innen erstaunliche Hilfsbereitschaft und ehrenamtliches Engagement, was sicherlich längerfristig positive „Nachwirkungen“ entfalten wird und den Bezirk in seiner demokratischen Entwicklung entscheidend vorangebracht hat.

Zu nennen sind da u.a. das zahlreiche ehrenamtliche Engagement oder die Spendenbereitschaft vieler Bürger/innen in der Flüchtlingshilfe. In der Auseinandersetzung um die Carola-Neher-Straße entstanden der von Polis\* und vom Mobilem Beratungsteam (MBT) »Ostkreuz« der Stiftung SPI fachlich wie organisatorisch begleitete „Nachbarschaftsdialog“, der das nachbarschaftliche Engagement sowie den Bürger/innen-Dialog vor Ort entscheidend unterstützte, oder der Verein „Hellersdorf hilft e.V.“. Ein bedeutendes Ereignis in der Entwicklung der demokratischen Kultur im Bezirk 2014 war schließlich die Gründung des „Bündnisses für Demokratie und Toleranz am Ort der Vielfalt Marzahn Hellersdorf“, dessen Schirmherrschaft der Bezirksbürgermeister Stefan Komoß übernommen hat.

Auch wenn es im Verlauf des Jahres 2014 zu einer Beruhigung rund um die Unterkunft in der Carola-Neher-Straße gekommen ist und sich in Marzahn-Hellersdorf die Zivilgesellschaft z.T. neu und für die Zukunft richtungsweisend aufgestellt hat, die Aufgabenstellung, menschenfeindliche und antidemokratische Entwicklungen zu überwinden, bleibt auch nach 2014 eine ständige Herausforderung sowohl im Bezirk als auch in ganz Deutschland und Europa. Trotz der zahlreichen Aktivitäten auf ehrenamtlicher, hauptamtlicher und bezirksamtlicher Seite im Bereich Demokratieentwicklung muss nach wie vor konstatiert werden, dass nicht alle Probleme hinsichtlich einer Demokratieakzeptanz und -praxis gelöst sind. Dies wird zweifelsohne ein langwieriger Prozess werden. Eine besonders große Herausforderung wird es bleiben – auch jenseits der direkten Konfrontationen mit dem organisierten Rechtsextremismus und -populismus – den auffallend großen Widerspruch zwischen den quantitativ und qualitativ großen Anstrengungen des Bezirks und der zivilgesellschaftlichen Träger, Vereine, Verbände etc. auf der einen Seite und der hartnäckig sich haltenden, teilweise verhärtenden Demokratiedistanz in nicht unerheblichen Teilen der Bevölkerung in allen geografischen und sozialen Lagen des Bezirkes auf der anderen Seite aufzulösen. Demokratiedistanziertheit, die sich aus in der Vergangenheit, aber auch heute täglich erfahrener Ohnmacht und dem Empfinden mangelnder Wertschätzung in den verschiedensten Lebenssituationen speist, bildet häufig die fruchtbaren Böden für Hartnäckigkeit oder Anwachsen menschenfeindlicher Einstellungen von „ganz normalen“ Bürger/innen, welche dann teilweise zu passiver oder gar aktiver Unterstützung rechter Umtriebe bereit sein können.

Diese drei Aspekte (Rechtsextremismus, Demokratieentwicklung, Analyse der Demokratiedistanziertheit) hat der vorliegende Bericht zur *„Demokratieentwicklung am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf“* mitsamt seinem Kernstück, dem *„Verzeichnis Marzahn-Hellersdorf zur Erfassung aller Vorkommnisse, die in Zusammenhang mit antisemitischen, rechtsextremen und rassistischen Wahrnehmungen stehen“* im Blick, und versucht ihnen in angemessener Weise gerecht zu werden. Wie bereits im Vorjahresbericht für 2013 beschränkt sich auch der Jahresbericht für 2014 nicht allein auf die Dokumentation und Interpretation gemeldeter menschenfeindlicher Vorkommnisse, sondern lässt außerdem Erfahrungs- und

Hintergrundberichte einzelner Personen und Einrichtungen in die Gesamtbetrachtung mit einfließen, um beispielsweise alltagsrassistische Vorfälle sowie demokratische Kultur im Alltag nicht nur statistisch, sondern qualitativ anschaulicher werden zu lassen. Außerdem werden die im Laufe des Berichtszeitraumes neu eingeleiteten bzw. entstandenen Maßnahmen, Projekte, Initiativen u.ä. zur Stärkung der bezirklichen Demokratie beschrieben. Mit dieser Herangehensweise, d.h. mit der Verbindung der o.g. Aspekte, wird in Marzahn-Hellersdorf in Berlin ein neuer Weg eingeschlagen.

Der vorliegende Bericht soll den lokalen Akteur/innen und Multiplikator/innen auf allen Ebenen als praxistaugliche Handreichung, Hintergrundinformation und Interpretationshilfe für ihre jeweilige Arbeit dienen. Es versteht sich dabei von selbst, dass dieser Bericht freilich keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann und in seiner Ausführlichkeit ganz wesentlich von den jeweiligen Informationen und Zuarbeiten seitens vieler verschiedener Ämter, Einrichtungen, Initiativen und Einzelpersonen abhängig ist. Um ein möglichst vielseitiges Bild von der Situation im Bezirk zu erhalten, bittet Polis\*, die „Bezirkliche Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf“, daher auch in Zukunft um entsprechende Meldungen, Hinweise und Mithilfe.

## **1. DAS VERZEICHNIS**

Das Verzeichnis Marzahn-Hellersdorf besteht seit acht Jahren und ist somit eines der jüngsten „Register“ in Berlin. Ab September 2007 baute Polis\* das Verzeichnis auf. Mit dem Jahresbeginn 2008 nahm das Verzeichnis seine Arbeit im Bezirk auf. In Zusammenarbeit mit verschiedenen Ämtern, freien Trägern, zivilgesellschaftlichen Akteur/innen, engagierten Einzelpersonen etc., die teilweise eigene Erfassungen betreiben und Meldungen an das Verzeichnis weitergeben, werden seitdem Wahrnehmungen rechtsextremer, rassistischer und menschenfeindlicher Erscheinungsformen und Aktivitäten im Bezirk dokumentiert. Das Verzeichnis sammelt alle Vorfälle, die in Marzahn-Hellersdorf gemeldet werden. Polis\* wertet diese aus und macht die Ergebnisse für die Öffentlichkeit zugänglich.

Seit 2005 gibt es diese Projektform zur Sammlung von rechtsextremen und diskriminierenden Vorfällen in Berlin. Im Bezirk Pankow entstand die erste „Registerstelle“. Verschiedene Akteur/innen im Bezirk nehmen Meldungen auf und leiten diese an das dortige „Register“ bei der Netzwerkstelle „Moskito“ („Pfefferwerk e.V.“) weiter. In Lichtenberg gibt es das „Register“ seit 2006 bei der Netzwerkstelle „Licht-Blicke“ („pad e.V.“), das auf einem Informationsnetz von verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteur/innen basiert. Im Jahr 2007 wurde das „Register“ in Treptow-Köpenick gegründet (heute „Zentrum für Demokratie“). Im März 2009 nahm das „Register“ Friedrichshain-Kreuzberg seine Arbeit auf (heute „UBI KliZ e.V.“). Seit einiger Zeit gibt

es nun auch ein „Register“ in Neukölln („Amaro Foro e.V.“) sowie eines in Charlottenburg-Wilmersdorf („SJD – Die Falken“); auch in den Bezirken Spandau („GIZ e.V.“), Tempelhof-Schöneberg („Nachbarschafts- und Selbsthilfezentrum in der ufafabrik e.V.“) und Mitte („NARUD e.V.“) gibt es seit 2014 „Register“.

Das Marzahn-Hellersdorfer Verzeichnis soll insbesondere – auch und gerade im Hinblick auf eine bezirkliche Gesamtstrategie gegen Rechtsextremismus sowie den verschiedenen Erscheinungsformen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit<sup>1</sup> (d.h. Rassismus, Antisemitismus etc.) im Rahmen des Bezirklichen Integrationsprogramms – als Handreichung für die im demokratischen Gemeinwesen tätigen Akteur/innen dienen. Das Verzeichnis nimmt neben strafrechtlich relevanten Vorfällen vor allem Beleidigungen, Pöbeleien, Bedrohungen, Propaganda sowie Diskriminierungen, die nicht immer zur Anzeige gebracht werden, auf. Betroffene können sich an Polis\*, „ReachOut“ („Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“) oder an den Integrationsbeauftragten des Bezirks sowie an den seit 2015 im Bezirksamt arbeitenden Koordinator für Flüchtlingsfragen wenden.

Das Verzeichnis Marzahn-Hellersdorf dokumentiert u.a. rechtsextreme Propaganda (d.h. Aufkleber, Plakate, Schmierereien u.ä.) und die Präsenz von Rechtsextremen auf öffentlichen Plätzen sowie bei Veranstaltungen. Dabei handelt es sich auch um Vorkommnisse, die nicht zwangsläufig in der rechtsextremen Szene zu verorten sind, aber nichtsdestotrotz einen menschenfeindlichen Charakter aufweisen (z.B. Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, ethnozentrierter Kulturalismus, Geschichtsrevisionismus o.ä.). Durch die Veröffentlichung der Vorfälle soll langfristig eine Sensibilität bei allen Mitarbeiter/innen in der Bezirksverwaltung, in Einrichtungen etc. sowie bei allen Akteur/innen und Bürger/innen erreicht werden. Ziel ist es, möglichst viele Bewohner/innen zu einer aktiven Teilnahme an Gegenaktivitäten zu motivieren bzw. grundsätzlich zu einer Sensibilisierung der Bevölkerung für menschenfeindliche Auftritte und Äußerungen beizutragen, die dann auch in kleinem Rahmen, gleichsam im „Privaten“, dazu führen kann, dass menschenfeindliche Äußerungen etc. gar nicht erst als quasi selbstverständliche Normalität geduldet werden.

---

<sup>1</sup> Mit dem Begriff „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (GMF) fasst die Forschungsgruppe um Prof. Wilhelm Heitmeyer am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld folgende Haltungen/Einstellungsmuster zusammen: Antisemitismus, Islamophobie (bzw. Islamfeindlichkeit), Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Abwertung von Obdachlosen (Sozialchauvinismus), Einforderung von Etabliertenvorrechten, Abwertung von Behinderten (Behindertenfeindlichkeit), Antiziganismus, Homophobie und Sexismus (bzw. Feindlichkeit gegenüber LGBTIQ\*-Personen, d.h. Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Intersexual, Queer, und andere). „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ definiert die Forschungsgruppe als ein Syndrom aus diesen Symptomen, d.h. Einstellungs- und Verhaltensmustern.

Das Verzeichnis gibt mit den im Laufe eines Jahres gesammelten Vorfällen lediglich einen ungefähren Überblick: Es versteht sich als Ergänzung zu den von der Polizei und dem Verfassungsschutz herausgegebenen Statistiken und Berichten. Im Verzeichnis werden diejenigen rechtsextremen, rechtspopulistischen und menschenfeindlichen Erscheinungsformen und Aktivitäten dokumentiert, die von den jeweiligen bezirklichen und zivilgesellschaftlichen Akteur/innen sowie einzelnen Bürger/innen gemeldet werden. Dabei ist allerdings zu beachten, dass die individuell (d.h. subjektiv) wahrgenommene und gemeldete Zahl der Vorfälle nicht zwangsläufig auf die tatsächlich (d.h. objektiv) vorhandene Aktivität rechtsextremer und rechtspopulistischer aktiver Personen bzw. Personengruppen mit dezidiert menschenfeindlichen Verhaltensweisen zurückzuführen sein muss. Wenn also aus einem Stadtteil mehr bzw. weniger Meldungen eingehen, kann dies auch auf eine erhöhte bzw. verminderte Sensibilität der meldenden Akteur/innen und Bürger/innen gegenüber rechtsextremen Erscheinungsformen und Aktivitäten sowie Diskriminierung zurückzuführen sein.

Alltagsrassismus ist durchaus kein marginales gesellschaftliches Phänomen. Aus einer Umfrage der Arbeitsgruppe „Antirassistische und interkulturelle Arbeit“ des Beirats für Migrant/innenangelegenheiten des Bezirksamts Marzahn-Hellersdorf (seit 2012: Integrationsbeirat) aus dem Jahr 2010 geht hervor, dass sich die gemeldeten alltagsrassistischen Vorfälle zumeist am helllichten Tag und unter Augenzeug/innen ereignen. Ein bestimmtes allgemeines gesellschaftliches Klima kann dazu beitragen, dass sich Menschenfeindlichkeit noch deutlicher und häufiger artikuliert, da bestimmte Positionen, die noch vor kurzer Zeit als sozial unerwünscht galten, zunehmend sagbar bzw. „salonfähig“ erscheinen.

Auch wenn es im Bezirk bereits vielfältige zivilgesellschaftliche Aktivitäten gibt, die im Zusammenwirken mit dem Bezirksamt und der Bezirksverordnetenversammlung stattfinden, bedarf es auch in Zukunft noch weiterer Anstrengungen bei der Auseinandersetzung mit „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“.

## **2. KATEGORISIERUNG**

### **2.1. ART DER VORFÄLLE**

Die Vorkommnisse werden unterschieden u.a. in **Angriffe** (physische Gewalt gegenüber Personen), **Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleien** und **Sachbeschädigung**. Schmierereien, Aufkleber- und Plakataktionen sowie Internet-Mobilisierung der rechtsextremen Szene werden als **Propaganda** zusammengefasst. Die Kategorie **Veranstaltungen** beinhaltet Kundgebungen, Demonstrationen, Parteiveranstaltungen und unterschiedliche Ansammlungen im öffentlichen Raum. Aktivitäten rechtsextremer Akteur/innen in der Bezirksverordnetenversammlung bzw.

gegen Bezirksverordnete oder Sitzungen werden in einer gesonderten Kategorie **BVV** erfasst. Das laute Abspielen von rechtsextremer Musik, das Skandieren von Parolen o.ä. werden unter **Sonstiges** erfasst.

## 2.2. INHALTLICHE ZUORDNUNG

Inhaltlich werden die Einträge unterschieden in:

- **Aktionen gegen politische Gegner/innen:** z.B. das Beschmieren von Wahlplakaten anderer politischer Parteien, Beleidigungen und das Stören von Veranstaltungen, auch die Herabwürdigung gesellschaftlich Engagierter, demokratischer Parteien und Institutionen etc.;
- **Antisemitismus:** Feindlichkeit und Hass gegenüber als „jüdisch“ fremdmarkierten<sup>2</sup> Menschen und Institutionen, auch Holocaustleugnung/-verharmlosung;
- **Antiziganismus:** Feindlichkeit und Hass gegenüber Menschen, die als „Zigeuner“ abgewertet werden.
- **Behindertenfeindlichkeit:** Ablehnung, Diskriminierung, Marginalisierung und offene Feindlichkeit gegenüber Menschen mit Behinderungen;
- **LGBTIQ\*-Feindlichkeit:** Feindlichkeit gegenüber LGBTIQ\*-Personen (Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Intersexual, Queer, Others – wurde vor 2014 als „Homophobie“ erfasst);
- **NS-Verharmlosung/-verherrlichung:** das Sprühen von verbotenen bzw. verfassungsfeindlichen Symbolen (z.B. Hakenkreuze, SS-Runen), Geschichtsrevisionismus und die Glorifizierung von NS-Persönlichkeiten (z.B. Horst Wessel, Rudolf Heß);
- **Rassismus:** Personen bzw. ganze Gruppen werden aufgrund ihrer ethnischen Herkunft und z.T. religiösen Überzeugung herabgewürdigt und/oder als „fremd“ wahrgenommen bzw. stigmatisiert („Fremdenfeindlichkeit“); als besonders virulent ist hier die

---

<sup>2</sup> Die GMF-Forschung im Allgemeinen bzw. Antisemitismusforschung im Speziellen beschreibt das Phänomen, dass etwa in antisemitischen Denkweisen und Angriffen Menschen, Institutionen, Kunst, Bücher etc. als „jüdisch“ fremdmarkiert werden. Daher kann es auch antisemitische Angriffe geben bspw. auf Personen oder Einrichtungen, die sich selbst gar nicht als jüdisch definieren, somit aber trotzdem zu einem Objekt einer antisemitisch motivierten Tat werden.

Islamfeindlichkeit zu nennen, die Menschen islamischen Glaubens bzw. den Islam als Religion herabwürdigt bzw. abwertet<sup>3</sup>;

- **rechtsextreme Selbstdarstellung:** z.B. das Verteilen von Zeitungen der *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands* (NPD), Infostände rechtsextremer Organisationen, Aufkleberaktionen u.ä.;
- **Sonstiges:** alle anderen Dinge, die keiner der o.g. Kategorien eindeutig zuzuordnen sind;
- **Sozialchauvinismus:** Feindlichkeit gegenüber sozial schwachen Menschen, z.B. gegenüber Obdachlosen, ALG II-Empfänger/innen etc.

### 2.3. ORTE

Um die rechtsextremen Aktivitäten genauer verorten zu können, wurde die bezirkliche Struktur der Einteilung in Stadtteile übernommen. Außerdem wurde die Kategorie **stadtteilübergreifend** hinzugefügt, um Vorkommnisse, die nicht nur einen einzigen Stadtteil, sondern mehrere Stadtteile oder den gesamten Bezirk betreffen (z.B. BVV-Sitzungen, Internet), besser einordnen zu können:

- **Marzahn-Nord** liegt nördlich der Wuhletalstraße und ist eingerahmt von der Ahrensfelder Chaussee und der Grenze zum brandenburgischen Landkreis Barnim;
- **Marzahn-Mitte** wird begrenzt von der Wuhletalstraße, der Landsberger Allee und der Bezirksgrenze zu Lichtenberg sowie der Grenze zum brandenburgischen Landkreis Barnim;
- **Marzahn-Süd** liegt westlich der Wuhle bzw. des südlichen Teils der Allee der Kosmonauten und der Märkischen Allee, östlich der Rhinstraße, südlich von Marzahn-Mitte und umfasst den Kienberg;
- **Biesdorf** wird begrenzt von der Wuhle im Osten, der Bezirksgrenze zu Treptow-Köpenick im Süden, zu Lichtenberg im Westen sowie der Elisabethstraße im Norden;
- **Hellersdorf-Nord** wird in westlicher Richtung durch die Wuhle, im Süden durch die U-Bahn-Linie 5 und im Norden durch die Landsberger Chaussee begrenzt;

---

<sup>3</sup> Das GMF-Symptom „Rassismus“ beschreibt im engeren Sinne die Zuschreibung von Charaktereigenschaften und Wertigkeiten anhand (scheinbarer) genetischer Merkmalskonstellationen. Die „Islam- und Muslimfeindlichkeit“ entspricht dieser Definition nicht und wird daher häufig als eigenständiges GMF-Symptom aufgeführt (s. Fußnote 1). Aufgrund der Herstellung einer berlinweiten Vergleichbarkeit und der noch im Prozess befindlichen Diskussion um einheitliche Standards in der Kategorisierung für alle „Register“ werden im Jahr 2014 alle Vorfälle, die man etwa der „Islam- und Muslimfeindlichkeit“ zuordnen könnte unter die Kategorie „Rassismus“ subsummiert.

- **Hellersdorf-Ost** grenzt im Osten an den brandenburgischen Landkreis Märkisch-Oderland und umfasst die Großsiedlungsgebiete südlich der U-Bahn-Linie 5;
- **Mahlsdorf** umfasst das durch Einfamilienhäuser und Stadtvillen geprägte Siedlungsgebiet, das westlich von Kaulsdorf, östlich vom brandenburgischen Landkreis Märkisch-Oderland sowie südlich von Treptow-Köpenick eingerahmt wird;
- **Hellersdorf-Süd** liegt in der Mitte von Marzahn-Hellersdorf östlich der Wuhle und umfasst das Neubaugebiet Hellersdorf-Süd;
- **Kaulsdorf** ist das Gebiet im südlichen Hellersdorf, das östlich der Wuhle, südlich der Gülzower bzw. Grottkauer Straße sowie nördlich von Treptow-Köpenick liegt;
- **stadteilübergreifend.**

### 3. STATISTIK

#### 3.1. ERHEBUNG 2014

##### 3.1.1. ART DER VORFÄLLE

	Anzahl	Prozent
Angriff	20	24,1%
Bedrohung/Beleidigung/Pöbelei	6	7,2%
BVV	1	1,2%
Propaganda	41	49,4%
Sachbeschädigung	3	3,6%
Veranstaltung	10	12,0%
Sonstiges	2	2,4%
<b>gesamt</b>	<b>83</b>	<b>100,0%</b>

##### 3.1.2. INHALTLICHE ZUORDNUNG DER VORFÄLLE

	Anzahl	Prozent
Antisemitismus	3	3,6%
Antiziganismus	1	1,2%
Behindertenfeindlichkeit	0	0,0%
LGBTIQ*-Feindlichkeit	1	1,2%
Politische/r Gegner/in	15	18,1%

<b>Rassismus</b>	40	48,2%
<b>rechtsextreme Selbstdarstellung</b>	14	16,9%
<b>Sozialchauvinismus</b>	0	0,0%
<b>NS-Verharmlosung/- Verherrlichung</b>	5	6,0%
<b>Sonstiges</b>	4	4,8%
<b>gesamt</b>	<b>83</b>	<b>100,0%</b>

### 3.1.3. ORTE

	<b>Anzahl</b>	<b>Prozent</b>
<b>Marzahn-Nord</b>	1	1,2%
<b>Marzahn-Mitte</b>	16	19,3%
<b>Marzahn-Süd</b>	0	0,0%
<b>Hellersdorf-Nord</b>	25	30,1%
<b>Hellersdorf-Ost</b>	25	30,1%
<b>Hellersdorf-Süd</b>	5	6,0%
<b>Kaulsdorf</b>	1	1,2%
<b>Mahlsdorf</b>	2	2,4%
<b>Biesdorf</b>	0	0,0%
<b>stadtteilübergreifend</b>	3	3,6%
<b>unbekannt</b>	5	6,0%
<b>gesamt</b>	<b>83</b>	<b>100,0%</b>

## 3.2. VERGLEICH ZUM VORJAHR

### 3.2.1. ART DER VORFÄLLE

	<b>Anzahl</b>	<b>Prozent</b>	<b>Anzahl</b>	<b>Prozent</b>	<b>Veränderung</b>
	<b>2013</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2014</b>	<b>(Anzahl/Prozent)</b>
<b>Angriff</b>	23	17,4%	20	24,1%	-3 ↓ (-6,7%) ↑ <sup>4</sup>
<b>Bedrohung/Beleidigung/ Pöbelei</b>	k.A.	k.A.	6	7,2%	k.A.

<sup>4</sup> Der Wert ist in absoluten Zahlen gesunken und im prozentualen Verhältnis gestiegen.

BVV	k.A.	k.A.	1	1,2%	k.A.
Propaganda	86	65,2%	41	49,4%	-45 ↓ (-15,8%) ↓
Sachbeschädigung	k.A.	k.A.	3	3,6%	k.A.
Veranstaltung	8	6,1%	10	12,0%	+2 ↑ (+5,9%) ↑
Sonstiges	15	11,4%	2	2,4%	-13 ↓ (-9,0%) ↓
gesamt	132	100,0%	83	100,0%	-49 ↓ (-37,1%) ↓

### 3.2.2. INHALTLICHE ZUORDNUNG

	Anzahl 2013	Prozent 2013	Anzahl 2014	Prozent 2014	Veränderung (Anzahl/Prozent)
Antisemitismus	2	1,5%	3	3,6%	+1 ↑ (+2,1%) ↑
Antiziganismus	k.A.	k.A.	1	1,2%	k.A.
Behindertenfeindlichkeit	k.A.	k.A.	0	0,0%	k.A.
LGBTIQ*-Feindlichkeit <sup>5</sup>	2	1,5%	1	1,2%	-1 ↓ (-0,3%) ↓
politischer Gegner	7	5,3%	15	18,1%	+8 ↑ (+12,8%) ↑
Rassismus	31	23,5%	40	48,2%	+9 ↑ (+24,7%) ↑
rechtsextreme Selbstdarstellung	46	34,8%	14	16,9%	-32 ↓ (-17,9%) ↓
Sozialchauvinismus	k.A.	k.A.	0	0,0%	k.A.
NS-Verharmlosung/- Verherrlichung	7	5,3%	5	6,0%	-2 ↓ (+0,7%) <sup>6</sup> ↑
Sonstiges	7	5,3%	4	4,8%	-3 ↓ (-0,5%) ↓
gesamt	132 <sup>7</sup>	100,0%	83	100,0%	-49 ↓ (-37,1%) ↓

<sup>5</sup> Die Feindlichkeit gegenüber LGBTIQ\*-Personen (Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Intersexual, Queer, Others) wurde vor 2014 als „Homophobie“ erfasst.

<sup>6</sup> Der Wert ist in absoluten Zahlen gesunken und im prozentualen Verhältnis gestiegen.

<sup>7</sup> Die Differenz zur Gesamtzahl des Vorjahres (n=132) ergibt sich daraus, dass einige Kategorien seit 2014 nicht mehr erfasst werden bzw. in neu bezeichneten Kategorien aufgegangen sind.

### 3.2.3. ORTE

	Anzahl 2013	Prozent 2013	Anzahl 2014	Prozent 2014	Veränderung (Anzahl/Prozent)
Marzahn-Nord	5	3,8%	1	1,2%	-4 ↓ (-2,6%) ↓
Marzahn-Mitte	12	9,1%	16	19,3%	+4 ↑ (+10,2%) ↑
Marzahn-Süd	18	13,6%	0	0,0%	-18 ↓ (-13,6%) ↓
Hellersdorf-Nord	34	25,8%	25	30,1%	-9 ↓ (+4,3%) <sup>8</sup> ↑
Hellersdorf-Ost	28	21,2%	25	30,1%	-3 ↓ (+8,9%) <sup>9</sup> ↑
Hellersdorf-Süd	12	9,1%	5	6,0%	-7 ↓ (-3,1%) ↓
Kaulsdorf	3	2,3%	1	1,2%	-2 ↓ (-1,1%) ↓
Mahlsdorf	4	3,0%	2	2,4%	-2 ↓ (-0,6%) ↓
Biesdorf	11	8,3%	0	0,0%	-11 ↓ (-8,3%) ↓
stadtteilübergreifend	5	3,8%	3	3,6%	-2 ↓ (-0,2%) ↓
unbekannt	k.A.	k.A.	5	6,0%	k.A.
gesamt	132	100,0%	83	100,0%	-49 ↓ (-37,1%) ↓

## 4. AUSWERTUNG

Im Jahr 2014 wurden der Meldestelle insgesamt **83 Vorfälle in Marzahn-Hellersdorf** gemeldet, die im Zusammenhang mit antisemitischen, rechtsextremen und rassistischen Wahrnehmungen stehen. Zwar ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr 2013, in dem 132 Vorfälle zu Buche standen, numerisch eine Abnahme der Vorfälle (n=-49). Dazu jedoch sind mindestens zwei einschränkende bzw. relativierende Faktoren zu berücksichtigen. Zum einen erfasst die hier federführende Meldestelle „nur“ alle gemeldeten (!) Vorfälle, die von ihr auch dann noch einmal verifiziert und fachlich evaluiert werden. Zu beachten ist daher also, dass vermutlich *nicht* alle Geschehnisse, die im Zusammenhang mit antisemitischen, rechtsextremen und rassistischen Wahrnehmungen stehen, hier erfasst sind. Zum anderen wird man bei einer detaillierten und auch qualitativen Analyse der Vorliegenden Meldungen über die tatsächlichen Entwicklungen in diesem Jahr zu ambivalenten Ergebnissen kommen müssen, was den hier festgestellten

<sup>8</sup> Der Wert ist in absoluten Zahlen gesunken und im prozentualen Verhältnis gestiegen.

<sup>9</sup> Der Wert ist in absoluten Zahlen gesunken und im prozentualen Verhältnis gestiegen.

statistischen Rückgang der Zahlen nicht uneingeschränkt als eine Beruhigung der realen Situation vor Ort erscheinen lässt. In qualitativer wie z.T. quantitativer Hinsicht sind Veränderungen zum Vorjahr festzustellen.

Ein wichtiger „äußerer“ Faktor, der das Jahr prägte und Auswirkungen auf die Entwicklungen zeitigte war die Tatsache, dass 2014 ein Wahljahr war, in dem sich die verschiedensten rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien vor allem den Europawahlen im Mai 2014 zu stellen hatten. Aus diesen Gründen versuchten die Akteur/innen des rechtspopulistischen und rechtsextremen Spektrums im Bezirk noch stärker als im Jahr davor, sich als biedere „besorgte Bürger/innen“ zu inszenieren, um für das „bürgerliche Wähler/innenlager“ wählbarer zu werden. Schon bei den Bundestagswahlen im Jahr 2013 konnte die in der Parteienforschung mehrheitlich als rechtspopulistisch eingeschätzte Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD)<sup>10</sup>, die knapp an der 5%-Hürde scheiterte, einen Achtungserfolg verbuchen, während die NPD zwar in Wahllokalen rund um die Flüchtlings- und Asylunterkunft in der Carola-Neher-Straße 10-11% der abgegebenen Stimmen (bei niedriger Wahlbeteiligung), insgesamt aber nicht in größerem Umfang eine Stimmen mobilisieren konnte (auch die 2013/14 als rechtspopulistisch eingestufte Partei „Bürgerbewegung pro Deutschland“ (Pro Deutschland), konnte keine nennenswerten Erfolge verbuchen)<sup>11</sup>.

2014 nahmen die gleichen Akteur/innen einen erneuten Anlaufversuch, in den bisher hinsichtlich der Wahlbeteiligung eher schlecht frequentierten Europa-Wahlen, Stimmenzuwächse zu generieren. Auch wenn man sich sichtlich bemühte, sich nach dem Vorbild der sog. „Bürgerinitiative Hellersdorf“ im Juli 2013 als „Volkes Stimme“ zu inszenieren, kämpften die entsprechenden Akteur/innen mit dem Image des „Neonazis“, das besonders der NPD vermutlich hinderlich war bei dem Versuch, Anschluss zu finden an die sog. „bürgerliche Mitte“. Ähnliches gilt für den auch 2014 virulenter werdenden Rechtspopulismus um Parteien wie die AfD oder Pro NRW bzw. Pro Deutschland. Im Wahlkampf bis zum Mai 2014 versuchten Parteien wie die NPD, die Republikaner, Pro NRW und AfD, von der Flüchtlingsdiskussion bzw. von Ängsten innerhalb der Marzahn-Hellersdorfer Bürger/innenschaft, aber auch von der sehr polarisiert, häufig nicht ohne Ressentiments und im Ton aggressiv diskutierten sog.

---

<sup>10</sup> Bereits vor dem Abspaltungsprozess der Personengruppe um den damaligen Parteisprecher Bernd Lucke im Sommer 2015 wurde die Partei als rechtspopulistisch eingeschätzt. Bis zum Essener „Spaltungsparteitag“ im Sommer 2015 hat es in der Partei jedoch auch Stimmen gegeben, die sich gegen einen dezidierten rechtspopulistischen Kurs der erst 2013 gegründeten Partei wandten. Diese Stimmen waren eher dem „eurokritischen“, wirtschafts-national-liberalen Flügel zuzuordnen, welcher bereits seit den Landtagswahlerfolgen des „rechten Flügels“ in Sachsen und Brandenburg kaum noch die Partei zu prägen in der Lage war. Diese Entwicklungen hat es auch in Marzahn-Hellersdorf gegeben. Die AfD im Bezirk ist 2014 vor allem im Europa-Wahlkampf öffentlich sichtbar gewesen; darüber hinaus trat sie im Bezirk kaum in Erscheinung, was ihre Wahlerfolge nicht schmälerte.

<sup>11</sup> Vgl. Stiftung SPI (Hg.): Demokratieentwicklung am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf. Jahresbericht 2013, Berlin 2014.

„Euroschuldenkrise“, die zu einer Auseinandersetzung zwischen Nord- gegen Süd-Europa stilisiert wurde, zu profitieren; und dies nicht ohne Erfolg.

Bei den Europawahlen am 25. Mai 2014 stieg die Wahlbeteiligung in Marzahn-Hellersdorf im Vergleich zur Europa-Wahl 2009 zwar von 25,2% auf 33,4 %. Zugleich aber ist diese auf den ersten Blick gute Entwicklung doch ambivalent in ihrer Bedeutung: Zum einen belegte Marzahn-Hellersdorf hinsichtlich der Wahlbeteiligung berlinweit den letzten Rang. Zum anderen konnten rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien im Bezirk z.T. hohe Stimmenzuwächse verzeichnen. Die NPD, die bei den Europawahlen 2009 nicht angetreten war, erreichte mit einem Stimmanteil von 2,7% (berlinweit: 1,0%) den höchsten Wert im Vergleich zu allen anderen Berliner Bezirken. Rechtsparteien wie die „Bürgerbewegung Pro NRW“ oder „Die Republikaner“ erreichten Stimmenanteile von 0,1% (Pro NRW: berlinweit 0,1) bzw. 0,4% (REP: berlinweit 0,2%). (Die rechtsextremistische Partei „Die Rechte“ trat nicht zu den Europa-Wahlen an.)

Die AfD indes, die erstmals zur Europawahl antrat, erreichte berlinweit einen Stimmenanteil von 7,9 %. In Marzahn-Hellersdorf konnte die Partei im Vergleich zum Berliner Durchschnitt nicht nur einen signifikant noch höheren, sondern mit 11,7 % den höchsten Wert aller Bezirke verbuchen.<sup>12</sup>

Doch nicht nur bei der Europawahl machte – anders als im Vorjahr – zunehmend auch der organisierte Rechtspopulismus im Bezirk von sich reden. Ein grundsätzliches quantitatives wie qualitatives Problem besteht jedoch in der Kategorisierung, daher sei hier auf Folgendes hingewiesen: Was die Systematik des vorliegenden Verzeichnisses betrifft, so ist darauf zu achten, dass rechtspopulistische Aktivitäten nicht per se Eingang in die Auswertung finden. Dies ist nur dann der Fall, wenn es klar erkennbar um Bestrebungen geht, die mit den Normen des Grundgesetzes bzw. des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes unvereinbar sind bzw. sich gegen solche Normen richten, und/oder wenn Äußerungen und Aktionen vorliegen, die eindeutig dem GMF-Phänomen zuzuordnen sind.

Insbesondere auf den seit Herbst 2014 stattfindenden und regelmäßig vergleichsweise zahlreich frequentierten sog. „Montagsdemos“ der rechtsextremen „Bürgerbewegung Marzahn-Hellersdorf“, die z.T. personell wie organisatorisch aus der „Bürgerinitiative Hellersdorf“ aus dem Vorjahr hervorging und sich nun gegen die zu dieser Zeit noch in der Planung befindlichen Flüchtlingsunterkunft am Blumberger Damm/Schönagelstraße richtete, liefen insbesondere im November 2014 zahlreiche Bürger/innen mit. Diese Entwicklungen, aber auch die z.T. bereits im

---

<sup>12</sup> Zu den Wahlergebnissen in Berlin bzw. Marzahn-Hellersdorf vgl. Bericht der Landeswahlleiterin zugleich Statistischer Bericht B VII 5 - 3 - 5j/14. Wahl der Abgeordneten des 8. Europäischen Parlaments am 25. Mai 2014. [https://www.wahlen-berlin.de/wahlen/EU2014/SB\\_B07\\_05\\_03\\_2014j05\\_BE.pdf](https://www.wahlen-berlin.de/wahlen/EU2014/SB_B07_05_03_2014j05_BE.pdf) (letzter Zugriff am 23.11.2015).

Frühjahr vernehmbaren, sich ähnelnden Europa-Wahlkampfslologans etwa der NPD und der AfD<sup>13</sup> könnten insgesamt ein Hinweis darauf sein, dass die Grenzen zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus zumindest „programmatisch“ fließender wurden. Auch im virtuellen Raum ähnelten sich Slogans und Mobilisierung. Insbesondere die „Bürgerinitiative Hellersdorf“ bzw. die „Bürgerbewegung Marzahn-Hellersdorf“ versuchte ihre, im geschützten Raum des Internets 2013 begonnene „Nein-zum-Heim!“-Kampagne 2014 fortzuführen und von Hellersdorf nach Marzahn auf die Straße zu verlagern. Intensiv wurde über Websites, *Facebook* und *Twitter* zu mobilisieren versucht. Teilweise sind auch auf einer *Pro Deutschland*-Website im Herbst 2014 die „Montagsdemos“ wohlwollend begrüßt worden.<sup>14</sup>

Während also einerseits davon zu berichten ist, dass die inhaltlichen Trennlinien zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus zunehmend unschärfer wurden, so muss andererseits – auf den ersten Blick widersprüchlich – bemerkt werden, dass sich organisatorisch und personell eine Ausdifferenzierung innerhalb dieses politisch-aktiven Spektrums ergeben hat. So waren im Bezirk auf der einen Seite der parteipolitisch organisierte Rechtsextremismus in Form der NPD oder der Partei *Die Rechte* sowie auch „freie Kräfte“ bzw. Kameradschaften (nicht nur aus Berlin, sondern auch aus dem brandenburgischen Raum) in der sog. „Bürgerbewegung Marzahn-Hellersdorf“ aktiv, während sich auf der anderen Seite personell und hinsichtlich des sozialen Milieus vom klassischen Neonazispektrum zu unterscheidende Parteien wie die rechtspopulistische „Bürgerbewegung pro Deutschland“ und auch die im Laufe des Jahres zunehmend rechtspopulistisch auftretende AfD zu etablieren suchten. Dazu trug sicherlich auch das Phänomen bei, dass sich in Wahlkampfzeiten unterschiedliche (Kleinst-) Parteien, die ähnliche potentielle Wähler/innengruppen ansprechen, eher voneinander abgrenzen, weil sie in einem Konkurrenzverhältnis zueinander stehen. Für 2014 lässt sich außerdem feststellen, dass die im Umfeld der sog. „Montagsdemonstrationen“ stattgefundenen Gewaltakte (vgl. „Chronik der gesammelten Vorfälle“ in diesem Heft) etwa gegen Beobachter/innen, Journalist/innen oder Gegendemonstrant/innen meist einem klassisch rechtsextrem organisierten Personenumfeld zuzuordnen waren.

Ein weiterer wichtiger grundlegender Unterschied zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus im Bezirk Marzahn-Hellersdorf war 2014, dass im Gegensatz zum Rechtsextremismus der Rechtspopulismus aufgrund seiner kaum vorhandenen sozialen wie milieukulturellen Verankerung organisatorisch, strukturell wie personell wohl nicht in der Lage war, ähnliche Aktivitäten zu entfalten wie etwa die sog. „Bürgerbewegung Marzahn-Hellersdorf“.

---

<sup>13</sup> Die AfD plaktierte mit dem Slogan „Wir sind nicht das Weltsozialamt“, während die NPD mit „Wir sind nicht das Sozialamt der Welt“ auf ihren Wahlplakaten warb. Vgl. Kathrin Haimerl: Die Mär vom Weltsozialamt, in: *Süddeutsche Zeitung*, 22.05.2014 (<http://www.sueddeutsche.de/politik/populismus-vor-der-europawahl-die-maer-vom-weltsozialamt-1.1971950>, angesehen am 30.11.2015).

<sup>14</sup> Vgl. Eintrag am 9.12.2014 auf der Facebook-Seite der „Bürgerbewegung pro Deutschland“. <https://www.facebook.com/ProMarzahnHellersdorf/> (angesehen am 14.12.2014).

Bei den Europa-Wahlen konnte die AfD jedoch von einem bundes- bzw. europapolitischen Trend profitieren.

#### **4.1. ART DER VORFÄLLE**

Über das gesamte Jahr hinweg waren fast die Hälfte aller Vorfälle der Kategorie **Propaganda** (ca. 49,4% aller Vorfälle) zuzuordnen. Im Vergleich zum Vorjahreswert (ca. 65%) erscheint dies – auch in absoluten Zahlen (2013 lagen 86, 2014 41 Meldungen vor) – als eine Verringerung rechtsextremer Präsenz (siehe Abb. 1). Doch auch hier sind einige relativierende Aspekte zu beachten: Zum Bereich Propaganda werden das Verteilen von Werbematerialien, das Beschmieren von Wänden mit rechtsextremen Parolen sowie die Verbreitung des entsprechenden Gedankengutes im Internet zugeordnet. Diese Aktivitäten waren 2014 – wie in den Jahren zuvor – ein gängiges Mittel, um rechtsextreme Meinungen in die Öffentlichkeit zu tragen. Für die statistische Erfassung von Propaganda ergibt sich die Schwierigkeit, dass bspw. in Wahlkampfzeiten bestimmte Straßenzüge oder Sozialräume im Straßenbild stark mit rechtsextremen Wahlplakaten versehen wurden. Somit prägte in diesem Fall rechtsextreme Propaganda zwar das Straßenbild, war bei der Erfassung statistisch jedoch als ein Vorfall zu verbuchen. Noch komplexer ist es mit der Wahlwerbung rechtspopulistischer Provenienz, welche häufig in der inhaltlichen „Grauzone“ zwischen offensichtlicher Menschenfeindlichkeit und Andeutung schwer zu verorten ist und daher gar nicht als Vorfall erfasst werden kann. Hinzu kommt, dass auch rechtsextremistische Parteien bemüht sind, die Grenzen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht zu überschreiten. Ein weiteres statistisches Problem liegt in der Erfassung der Propaganda im Internet, insbesondere in den sozialen Netzwerken, da die statistische Erfassung eines jeden rechtsextremen „Posts“ das Gesamtbild numerisch verzerrte. So ist also analytisch davon auszugehen, dass Propaganda weiterhin nicht nur eines der wichtigsten Äußerungen des rechtsextremen Spektrums nach „außen“ ist, sondern auch nach „innen“, in die „Szene“ hinein, eine mobilisierende wie gruppenidentifikatorische Funktion erfüllt.

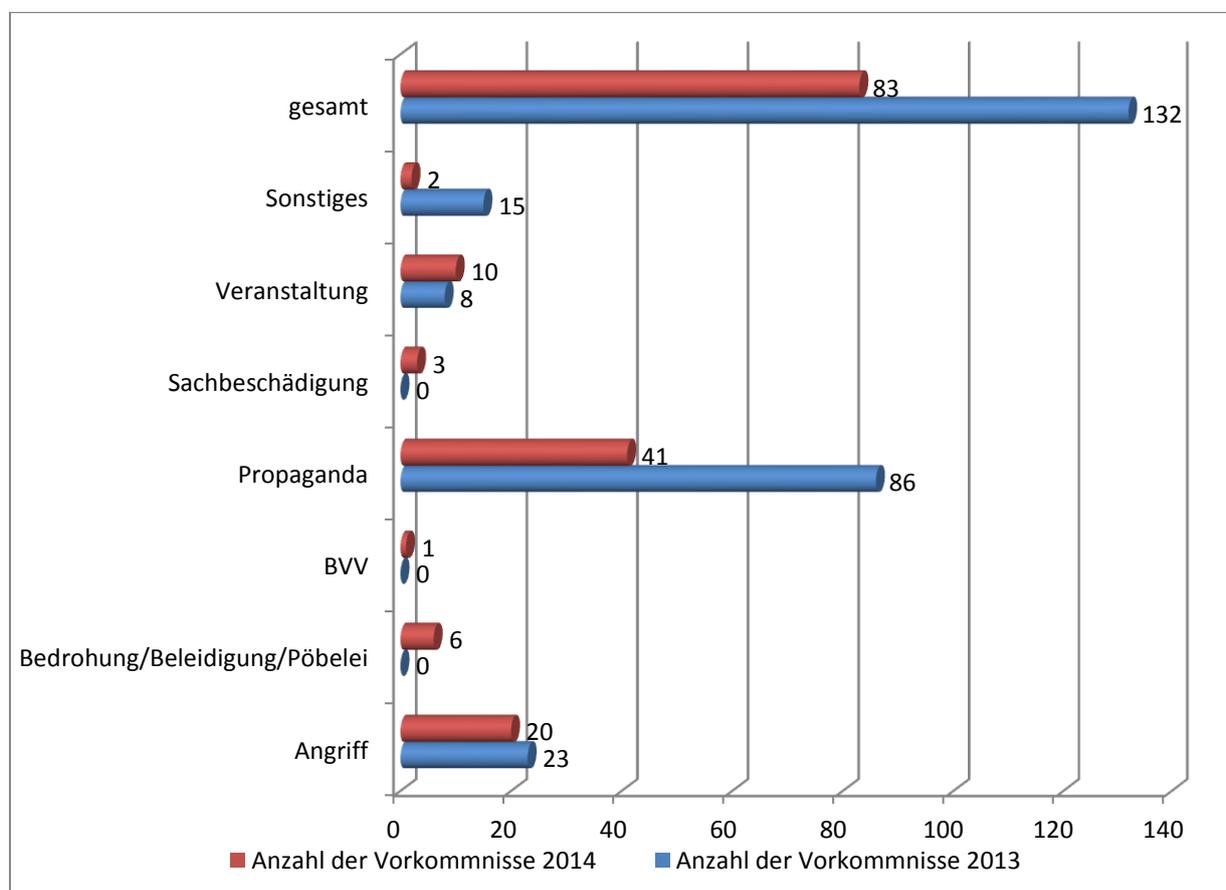
Ähnliche Funktionen erfüllen auch die rechtsextremen **Veranstaltungen**, die im Jahre 2014 sowohl in den absoluten (mit 10 Veranstaltungen waren es zwei mehr als im Vorjahr) als auch in den relativen Zahlen (eine Steigerung von 6,1% 2013 auf 12% 2014) ein weiteres Mal nach 2013 angestiegen sind. Grund dafür war die 2014 fortgeführte „Nein-zum-Heim!“-Kampagne in Hellersdorf sowie die Verlagerung der Demonstrationsaktivitäten nach Marzahn im Herbst 2014. Die Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 haben diesen Trend verstärkt.

Die Zahl der **Übergriffe** ist mit 20 Meldungen auf einem ähnlich hohen Niveau geblieben wie 2013 (23 Vorfälle). Diese Zahlen verdeutlichen noch einmal das gewalttätige Potential des

Rechtsextremismus überhaupt. Außerdem zeigt dies, dass trotz der Versuche des parteipolitisch organisierten Rechtsextremismus, sich der sog. „bürgerlichen Mitte“ zu öffnen, es bei gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit schließlich potentiell auf eine gewalttätige Aggression hinausläuft. Ebenso zu beachten sind ferner die im Gewalt-Zusammenhang stehenden aggressiven **Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien**, die häufig auch ganz bewusst eingesetzt der Einschüchterung dienen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu bemerken, dass Vorfälle dieser Kategorie(n) nicht ausschließlich nur dem organisierten Rechtsextremismus zuzuordnen sind. So griff laut einer Meldung eine „weibliche Reinigungskraft“ einen Mann im Treppenhaus erst mit rassistischen Beleidigungen an und schlug ihn dann mit einem Wischmopp. Solche oder ähnliche Vorfälle zeugen schlaglichtartig von einer Veränderung des gesellschaftlichen Klimas im Alltag in den einzelnen Sozialräumen des Bezirks. Dies lässt sich indes auch insgesamt für ganz Berlin sagen: Den Erfassungen der Opferberatungsstelle „ReachOut“ zufolge gab es berlinweit 171 Übergriffe, was eines der höchsten jemals von „ReachOut“ erfassten Werte ist. Daraus kann geschlossen werden, dass vor allem die berlin- bzw. deutschlandweite Auseinandersetzung um die Flüchtlings- und Asylunterkünfte ein radikalisiertes Moment nicht nur in Marzahn-Hellersdorf darstellte.

Unter **Sonstiges** wurden 2 Vorfälle eingeordnet; 2013 waren es 15 Vorfälle.

**Abb. 1) Art der Vorkommnisse im Vergleich zum Vorjahr**



## 4.2. INHALTLICHE ZUORDNUNG

Bei der inhaltlichen Zuordnung sind für 2014 zwei Dinge zu beachten: Zum einen hat es Veränderungen in der Kategorisierung im Vergleich zu 2013 gegeben, was nicht mehr in allen Kategorien einen aussagekräftigen Vergleich mit dem Vorjahr erlaubt. Zum anderen ist vorwegzuschicken, dass mit der inhaltlichen Zuordnung die Vorfälle nicht nach ihren äußeren Erscheinungsformen hin zugeordnet werden, sondern entsprechend ihrer inhaltlichen Ausrichtung. Verkürzt könnte man sagen, die Zuordnung erfolgt in den meisten Fällen entlang der Symptome der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“. (Die Beschreibungen der einzelnen Symptome sind im Kapitel 3.1.2. einzusehen.)

Den mit Abstand höchsten Wert im Jahr 2014 (40 Vorfälle, 48,2 %) erreicht die Kategorie **Rassismus**, die auch den Bereich der **Islamfeindlichkeit** beinhaltet (vgl. Abb. 2). Vor dem Hintergrund der Flüchtlingsdebatten, der allgemeinen Furcht vor islamistischem Terror bzw. vor dem Wachsen der salafistischen Szene und der seit Jahren öffentlich laufenden, häufig nicht ohne Ressentiments geführten Debatte um die Rolle „des Islam“ bzw. „der Muslime“ in der deutschen Gesellschaft lassen sich auch Auswirkungen dieser „Großwetterlage“ in Marzahn-Hellersdorf erkennen. Rassistische Vorfälle richteten sich 2014 in der Mehrzahl gegen Flüchtlinge, gegen bestehende oder noch zu bauende Flüchtlingsunterkünfte. Darüber hinaus werden jedoch nicht nur Flüchtlinge bzw. Unterkünfte angefeindet, im Alltag erleben auch Migrant/innen und Menschen mit Migrationshintergrund rassistische Beleidigungen und Angriffe. Neben dem ideologisch fest verankerten Rassismus, der von der extremen Rechten ausgeht, weisen diese Zahlen auch auf ein nicht unbeträchtliches alltagsrassistisches Potenzial hin. Gerade in diesem Bereich ist aufgrund zahlreicher Erfahrungswerte anzunehmen, dass die tatsächlichen Vorfälle häufiger vorkommen als sich dies in den eingegangenen Meldungen widerspiegelt. Dementsprechend ist davon auszugehen, dass entsprechende Vorkommnisse nicht bzw. nicht umfassend genug gemeldet wurden.

Eine deutliche Steigerung zum Vorjahr hat auch die Kategorie „**Aktivitäten gegen politische Gegner/innen**“ erfahren. Mit 15 Vorfällen und 18,1 % aller Vorfälle (2013 waren es 7 Vorfälle, d.h. 5,3 %) war dies die zweithöchste Anzahl an Vorfällen. Diese Zahl zeugt von einem insgesamt raueren politischen Klima im Bezirk und darüber hinaus. Allerdings zeigt sich hier auch, dass der Rechtsextremismus bemüht ist, die erfreuliche Entwicklung steigender Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung gegenüber Flüchtlingen und steigenden öffentlichen Engagements in der demokratischen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und seiner Ideologie im Bezirk durch Bedrohung, Einschüchterung und Beleidigungen rückgängig zu machen.

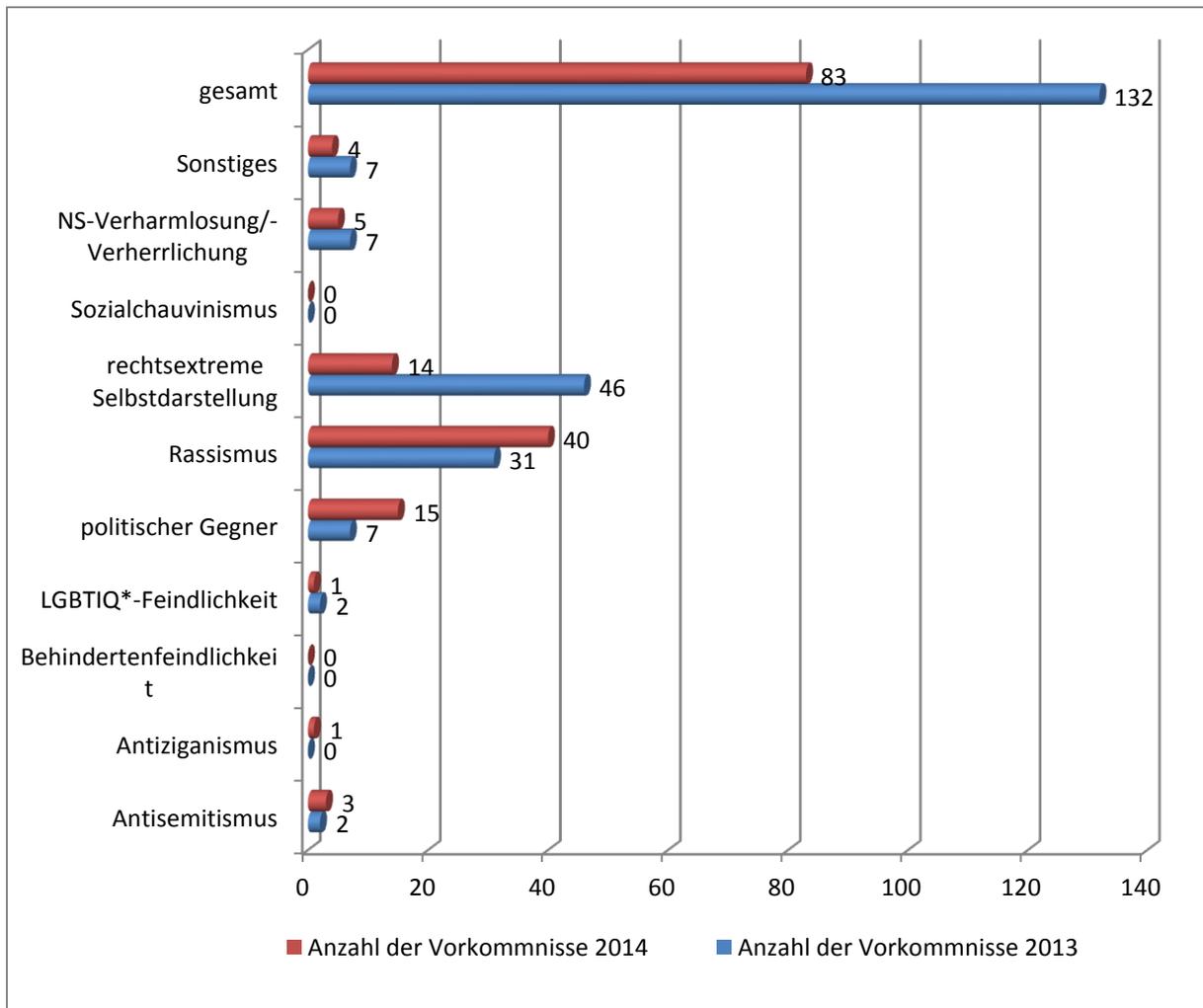
Auf dem dritten Rang der inhaltlichen Zuordnung der Vorfälle steht mit 14 Meldungen (ca. 17 %) der Bereich **rechtsextreme Selbstdarstellung**. Die Meldungen in dieser Kategorie sind im

Vergleich zum Vorjahr (2013: 46 Vorfälle; ca. 35 %) zwar zurückgegangen, was zum einen auf eine Schwerepunkteverschiebung des organisierten Rechtsextremismus der Aktivitäten hinweisen könnte und zum anderen auch auf eine analog dazu geschehenen Verschiebung der Aufmerksamkeit der Melder/innen der Vorfälle hindeuten kann.

Die niedrigen Zahlen in den Kategorien **Antisemitismus** (3 Vorfälle), **Antiziganismus** (1), **Behindertenfeindlichkeit** (keine Meldung), **Sozialchauvinismus** (keine) und **NS-Verharmlosung/-verherrlichung** (5) kann sehr unterschiedliche Ursachen haben. Zum einen könnten diese Zahlen anzeigen, worauf sich der organisierte Rechtsextremismus schwerpunktmäßig in seinen Aktivitäten 2014 fokussierte. Zum anderen aber spielen hier sehr wahrscheinlich weitere Faktoren eine Rolle. In vielen dieser Kategorisierung bedarf es einer noch größeren Sensibilisierung überhaupt, um solche Phänomene überhaupt zu erkennen und nicht als „normal“ bzw. „akzeptabel“ zu tolerieren. Es ist daher anzunehmen, dass die Dunkelziffer wesentlich höher liegt, da bspw. Vorfälle etwa verbaler Art, die von Akteur/innen stammen, die keinem rechtsextremen Hintergrund zugeordnet werden, nicht wahrgenommen werden, weil sie nicht der Erwartung entsprechen. Gerade im Bereich des „Postings“ etwa in den digitalen sozialen Netzwerken werden Äußerungen getätigt, die vielleicht bereits in die genannte Kategorie einzuordnen wären aber aufgrund ihrer hohen Anzahl und „Alltäglichkeit“ nicht mehr ernst- bzw. wahrgenommen werden. Organisierte Rechtsextreme versuchen genau diese „Unschärfen“ in der Wahrnehmung und Äußerung als Anknüpfungspunkt zu nutzen.

Unter die Kategorie **Sonstiges**, das sei zur Illustration angeführt, fällt ein auf den ersten Blick kurios anmutendes Beispiel, wie eben diese Unschärfen und Verunsicherungen in der Haltung zur demokratischen Kultur auszunutzen versucht werden. Im November 2014 fanden die Anwohner/innen in der Ludwigsluster Straße ein fingiertes, mit gefälschten Wappen und Briefkopf dekoriertes Schreiben eines angeblichen Senatsbeauftragten in ihren Briefkästen. Das Ziel dieser Aktion, dessen Urheber noch nicht ermittelt ist, war es wohl, die Anwohner/innen zu verunsichern, indem ihnen angekündigt wurde, es sei vom Senat die „Einrichtung einer Asylantenunterkunft“ in ihrer Straße beschlossen worden.

Abb. 2) Inhaltliche Zuordnung der Vorkommnisse im Vergleich zum Vorjahr



### 4.3. ORTE

Auffällig ist, dass sich die geografischen Schwerpunkte rechtsextremer und rechtspopulistischer Aktivitäten im Laufe des Jahres 2014 und insgesamt im Vergleich zum Vorjahr verlagerten (siehe Abb. 4). Während 2013 und vorrangig in der ersten Jahreshälfte 2014 schwerpunktmäßig in Hellersdorf Ost und Hellersdorf Nord Vorfälle zu verzeichnen waren, die in der Hauptsache im Zusammenhang mit der Flüchtlings- und Asylunterkunft Carola-Neher-Straße/Maxie-Wander-Straße standen, verlagerten sich rechtsextreme Aktivitäten am Ende des Jahres spürbar nach **Marzahn-Mitte**. Augenscheinlich richteten die verschiedenen rechtsextremen und rechtspopulistischen Akteur/innen nach Ablauf der Europa-Wahlen im Mai ihr Augenmerk kurzzeitig weniger auf Hellersdorf, was zeitweise zu einer deutlichen Beruhigung rund um die Flüchtlings- und Asylunterkunft Carola-Neher-Straße/Maxie-Wander-Straße führte. Diese Entwicklung ist aber auch auf die demokratiefördernden Aktivitäten etwa durch Initiativen wie den von der Stiftung SPI, namentlich durch Polis\* und das MBT »Ostkreuz« begleiteten „Nachbarschaftsdialog Carola-Neher-Straße“ oder „Hellersdorf hilft e.V.“ sowie schlicht auf die

Tatsache zurückzuführen, dass sich viele der zuvor durch einige Anwohner/innen geäußerte Befürchtungen über Kriminalität, Verschmutzung oder Belästigungen als haltlos erwiesen.

In der zweiten Jahreshälfte häuften sich zunehmend in Marzahn rechtsextreme Vorkommnisse. Dies stand im Zusammenhang mit der Ende des Jahres veröffentlichten Ankündigung der Errichtung einer Asyl- und Flüchtlingsunterkunft im Jahre 2015. Anders als im Falle der Carola-Neher-Straße, die in leerstehenden Schulgebäuden errichtet wurde, sollte nun am Blumberger Damm/Schönagelstraße auf einer Freifläche eine Unterkunft mit Wohncontainern errichtet werden. Die längere Wartezeit auf die neue Unterkunft ermöglichte es der sog. „Bürgerbewegung Marzahn-Hellersdorf“, regelmäßig über Monate hinweg zu einer sog. „Montagsdemo“ am Blumberger Damm zu mobilisieren. Die geografische Verteilung in Abb. 3 zeigt, dass sich insgesamt rechte Aktivitäten mit der Verlagerung in die Umgebung des Blumberger Damms/Ecke Landsberger Allee stärker über den Gesamtbezirk verteilen. **Marzahn-Mitte** erlebte mit insgesamt 19,3 % eine Steigerung der Vorfälle im Vergleich zu 2013 um mehr als 10 % (siehe Abb. 4).

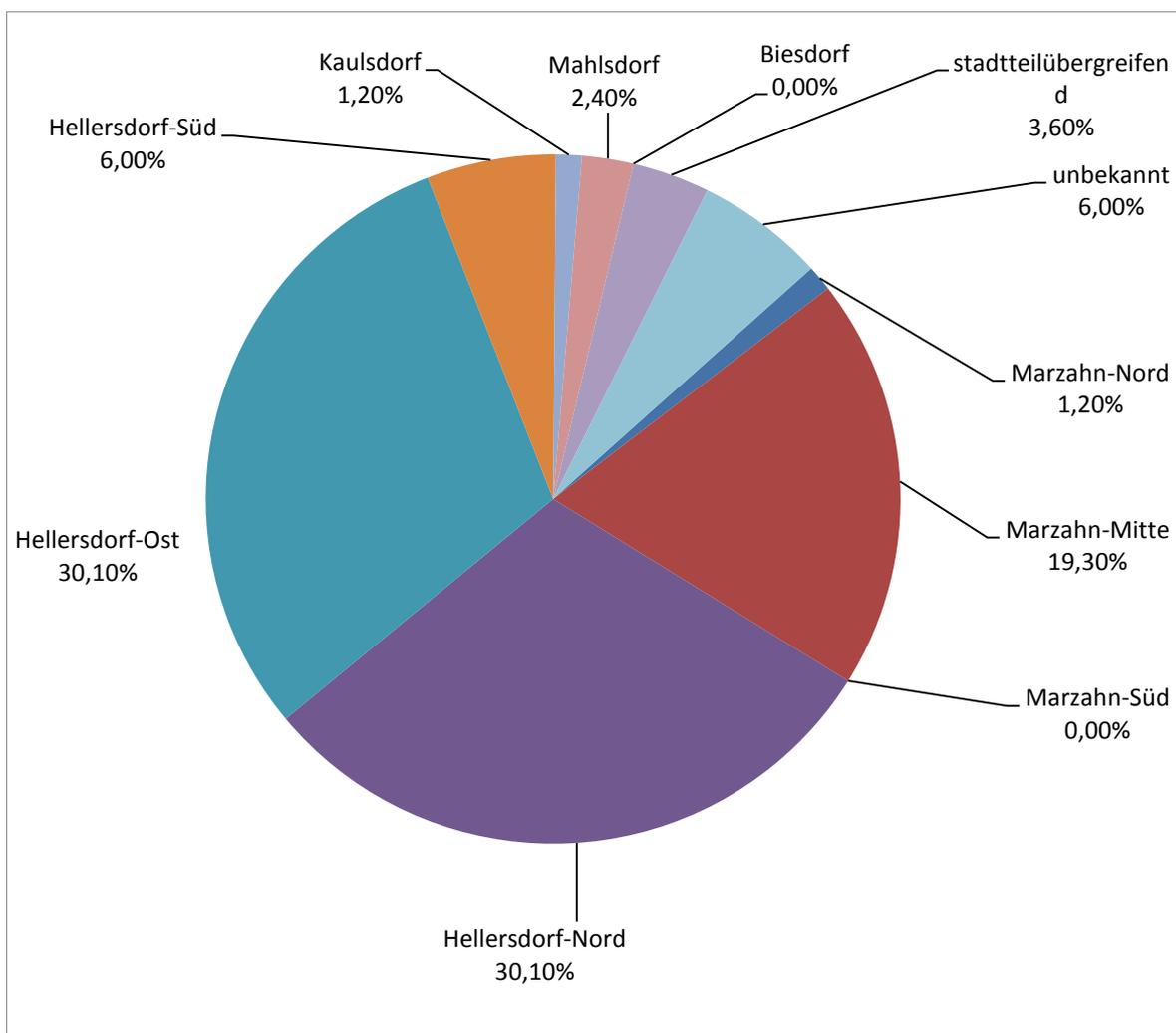
Dennoch zeigt Abb. 3 zugleich, dass über das gesamte Jahr gesehen die Schwerpunkte auch 2014 in **Hellersdorf-Nord** (ca. 30% aller Vorfälle) und **Hellersdorf-Ost** (ca. 30 % aller Vorfälle) lagen. Beide Stadtteile nehmen bereits seit vielen Jahren einen Spitzenplatz in der Statistik ein. Dies ist insofern bemerkenswert, als genau in diesen beiden Stadtteilen das Engagement gegen rechtsextreme Tendenzen einerseits sowie zur Stärkung von Demokratie andererseits besonders stark ausgeprägt ist (so wurde hier durch den seit 2011 existierenden Lokalen Aktionsplan [LAP] Hellersdorf-Nord/-Ost im Rahmen des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ die demokratische Zivilgesellschaft gefördert). Zugleich muss auch gesehen werden, dass im Rahmen der Auseinandersetzung mit den rechtsextremen Aktivitäten und Angriffen auf die Unterkunft und Flüchtlinge in der Carola-Neher-Straße, aber auch im Zuge der Flüchtlingshilfe und Spendenbereitschaft in der Bevölkerung zugleich neuartige und potentiell nachhaltige demokratisch-zivilgesellschaftliche Strukturen, wie der oben erwähnte „Nachbarschaftsdialog“ oder „Hellersdorf hilft e.V.“, entstanden sind.

Dennoch ist weiterhin kritisch zu beobachten, inwiefern die eingesetzten Ressourcen die gewünschte Wirkung entfalten. Das Weiterentwickeln der Demokratieförderung vor Ort gehört indes zu den Grundlagen etwa der Arbeit der LAPs und auch der bezirklichen Aktivitäten bspw. bei *Polis\**. Und es hat in der Tat durchaus auch spürbare konzeptionelle Veränderungen gegeben, was zur Beruhigung im Umfeld der Carola-Neher-Straße in der zweiten Jahreshälfte beigetragen hat.

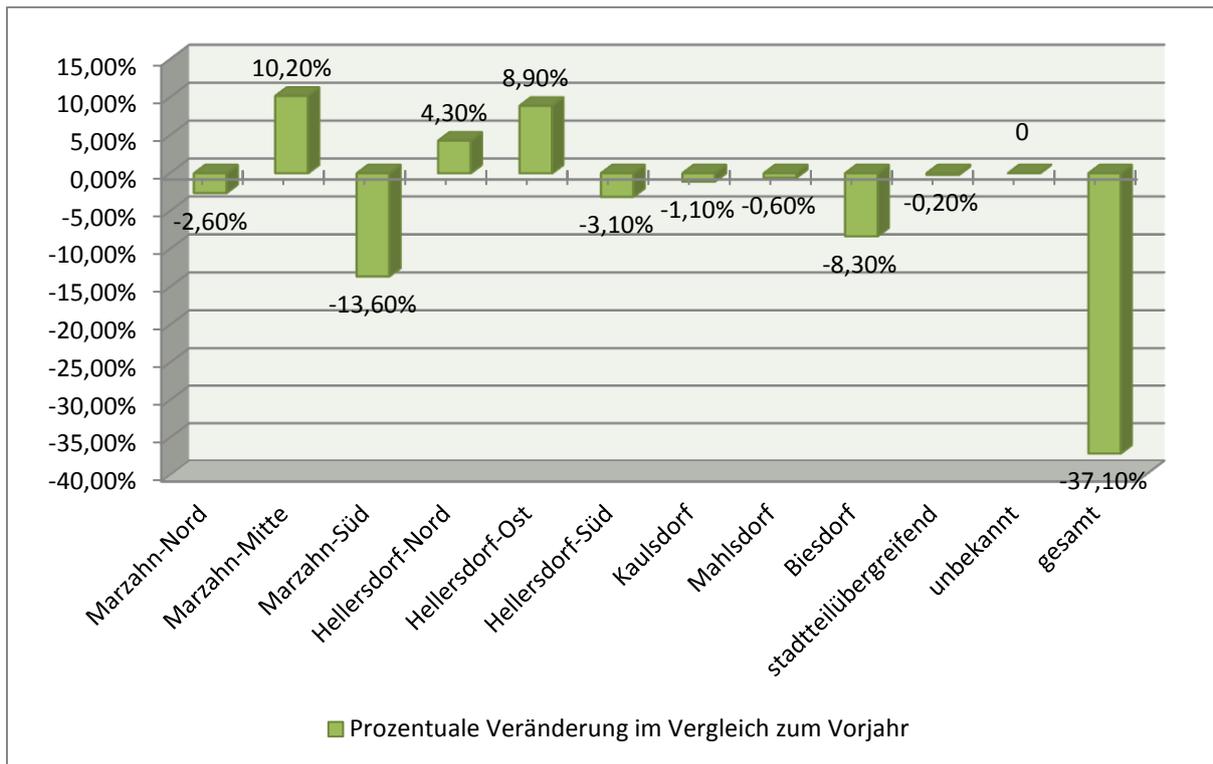
Eine weitere Interpretation der vorliegenden Zahlen bezogen auf die verschiedenen Stadtteile sei vorgeschlagen: Da das hier vorliegende Verzeichnis der Vorfälle, die im Zusammenhang mit

antisemitischen, rechtsextremen und rassistischen Wahrnehmungen stehen, auf Meldungen von Bürger/innen basieren, muss immer in Rechnung gestellt werden, dass hohe Zahlen in bestimmten Stadtteilen auch für eine hohe Sensibilität der Bevölkerung oder Institutionen vor Ort für diese Phänomene stehen können. Dies trifft vor allem dann zu, wenn viele verschiedene Akteur/innen sich direkt vor Ort für das demokratische Gemeinwesen engagieren. Niedrige Zahlen dagegen müssen nicht notwendig für einen Stadtteil bedeuten, dass Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus dort kein Problem sind. Dies wäre ein Trugschluss. Hinzukommt, dass die hier federführende Meldestelle einen stark unterschiedlichen Bekanntheitsgrad in den verschiedenen Regionen hat. Insofern sind also die niedrigen Zahlen der Stadtteile **Biesdorf**, **Marzahn-Süd**, **Mahlsdorf** etc. *auch* vor diesem Hintergrund zu interpretieren. Weitere Faktoren, wie Altersstruktur, soziale Struktur der Wohnviertel, baulich-räumliche Gegebenheiten, Zugänge zu öffentlichen Verkehrsmitteln, deren Haltestationen häufig Orte von Vorfällen sind etc. können die vorliegenden Zahlen nicht abbilden, obwohl diese Perspektiven für die Entwicklung vor Ort unter Umständen eine Rolle spielen.

**Abb. 3) Prozentuale Aufteilung der Vorkommnisse nach Stadtteilen**



**Abb. 4) Änderung der Anzahl der Vorkommnisse in den Stadtteilen im Vergleich zum Vorjahr**



Als weiterer Aspekt ist zu bedenken, dass die gleichsam Standort-spezifische Situation, bspw. die demographische Zusammensetzung in einem Stadtteil, nicht allein ausschlaggebend für die Entwicklung der hier vorgelegten Statistiken ist, da rechtsextreme Akteur/innen bspw. ihre Aktivitäten auch in andere Bezirksregionen verlagern können, in denen sie selbst gar nicht wohnhaft sind. Noch 2013 etwa wies **Marzahn-Mitte** entgegen dem allgemein steigenden Trend jenes Jahres im Vergleich zu den Jahren davor fallende Zahlen auf, was durchaus auch als ein Erfolg des seit 2007 ebenfalls existierenden Lokalen Aktionsplans vor Ort zu interpretieren war. Der plötzliche Anstieg der Zahlen in der zweiten Jahreshälfte 2014 muss daher auch hier sehr multiperspektivisch interpretiert werden. Ferner: Die steigenden Zahlen rechtsextremer Aktivitäten rund um die Schönagelstraße geben nicht die analog dazu steigende Aktivität der demokratischen Zivilgesellschaft, die ausdauernd, hartnäckig und regelmäßig gegen die sog. „Montagsdemos“ demonstrierten, wider.

**Marzahn-Nord** bewegt sich nach wie vor im unteren Bereich der gemeldeten Fallzahlen, was ebenso für **Kaulsdorf** gilt.

## 5. ERFAHRUNGSBERICHTE

Die nachfolgenden (auf Wunsch der Betroffenen anonymisierten) persönlichen Erfahrungsberichte sollen einen kleinen Eindruck vermitteln, wie Menschen im Alltag

rechtsextremes, rassistisches bzw. diskriminierendes Verhalten erleben und darüber nachdenken. Dabei spielen in allen Berichten nicht nur diese Aspekte, sondern auch gleichsam die demokratische Gegenwehr bzw. Prävention eine zentrale Rolle. Da die hier vorliegende Zusammenstellung auf Zusendungen beruht, die verschiedene meist gesellschaftliche Engagierte zugeschickt haben, können die Berichte freilich keine Repräsentanz für die objektiv bestehende Lage reklamieren. Es ist ferner zu bedenken, dass bspw. gewalttätige Angriffe oder ähnlich drastische, d.h. strafrechtlich relevante Vorfälle eher der Polizei und nicht unbedingt der Verzeichnisstelle gemeldet und geschildert werden. Andere Berichte geben einen Einblick in die Arbeit vieler ehrenamtlicher und hauptamtlicher Engagierter und deuten schlaglichtartig an, unter welchen vorherrschenden Bedingungen Demokratieentwicklung im Bezirk stattfindet.

### **Beispiel 1:**

#### **„Asyl wird als etwas Negatives wahrgenommen“ – Eine Jugendeinrichtung aus Hellersdorf-Nord berichtet:**

*Seit bekannt wurde, dass in der Landsberger Allee/ Ecke Blumberger Damm ein „Container-Dorf“ für Asylbewerber errichtet wird, haben die negativen Äußerungen zum Thema Asyl erneut zugenommen. Dabei stützen unsere Jugendlichen ihre Meinung auf die Aussagen und Gerüchte, welche seitens der Asyl-Gegner verbreitet werden und auf die Aussagen ihrer Eltern. Asyl wird als etwas Negatives wahrgenommen und zum Ausdruck gebracht. So wird das Wort Asyl beispielsweise auch als Schimpfwort benutzt – „Du Asylant“ oder „Das ist voll Asyl“ – und nicht als Hilfe für verfolgte Menschen. In Diskussionen versuchen die Betreuer den Jugendlichen Ängste und Vorurteile zu nehmen, was eher in Einzelgesprächen als Gruppendiskussionen zum Erfolg führt. Argumente für asylbedürftige Menschen werden in der Regel ignoriert oder nicht anerkannt.*

*Jedoch zeigen einige Jugendliche, nach anfänglichem Zögern, im Alltag eine sehr große Akzeptanz gegenüber Besucherinnen und Besuchern mit Migrationshintergrund. Die Bereitschaft zu helfen ist groß, und es werden gemeinsam sportliche Angebote wahrgenommen. Die Herkunft spielt dann keine Rolle mehr.*

### **Beispiel 2:**

#### **„Euch kriegen wir noch“ – Ein Ehrenamtlicher in der Flüchtlingshilfe in Hellersdorf-Nord berichtet:**

*Die Einschüchterungsversuche der so genannten „Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf“ gehen offenbar weiter.*

*Als wir gestern im „LALOKA“ am Boulevard Kastanienallee unsere wöchentliche Teamsitzung abhalten wollten, erschienen gegen 18:20 Uhr 15 bis 20 recht martialisch aussehende*

*Personen, die sich unter dem Vorwand, interessierte Bürger zu sein – das LALOKA gilt ja als Treffpunkt für Flüchtlinge und Menschen ohne Fluchterfahrung – Einlass zu verschaffen suchten.*

*Die Atmosphäre gestaltete sich von vornherein sehr angespannt, da es dem genannten Personenkreis offenbar nicht um eine sachliche Aussprache oder das Vorbringen von Sorgen ging. Sie sprachen von „Vergewaltigungen“ in Flüchtlingsheimen, bezogen Zustände und Vorkommnisse, die in Friedrichshain-Kreuzberg geschehen sein sollen, automatisch in abfälligster Weise auf das Flüchtlingsheim in der Carola-Neher-Straße, indem sie es auch mit dem Eindringen des Ebola-Virus nach Europa in Verbindung brachten.*

*Weiterhin behaupteten sie, die Betreiber des Ladenlokals seien linksradikal und unterstellten einigen Anwesenden kriminelles Handeln.*

*Die martialisch auftretenden Männer bauten eine Drohkulisse auf. Eine junge Frau, die die Tür zum Ladenlokal zum Schutz schließen wollte, wurde durch einen kräftigen Mann gewalttätig daran gehindert. Es fielen Worte wie „Euch kriegen wir noch“ und andere Drohungen, die eindeutig auf Einschüchterung zielten. Schließlich entschlossen wir uns, die Polizei zu rufen. Diese konnte die Störer beruhigen und nach längerer Zeit dazu bewegen, den Bereich vor dem Ladenlokal zu verlassen.*

*Dieser Vorfall zeigt neben der körperlichen Drohung auch, dass wir uns künftig auf eine Reihe gefährlicher Diskussionen in der Öffentlichkeit einstellen müssen. Es steht zu befürchten, dass Themen wie das Vordringen der Terrormiliz IS und die Ebola-Epidemie massiv instrumentalisiert werden, um Stimmung gegen Flüchtlinge und Asylbewerber zu machen.*

### **Beispiel 3:**

**„Mitten im Erschrecken des Sommers und Herbstes 2013 [...] liegen die Anfänge einer neuen Art von Vernetzung“ – Bericht über ein Jahr „Schleipfuhl Nachbarschaftsinitiative“:**

*Mitten im Erschrecken des Sommers und Herbstes 2013 über die fremdenfeindlichen Äußerungen in unseren Straßen liegen die Anfänge einer neuen Art von Vernetzung in dem Viertel, das wir als „Schleipfuhlviertel“ benannt haben. Die Grenzen dieses Kiezes sind ungefähr die Nossener und Riesaer Straße, die U5 zwischen den Bahnhöfen Hellersdorf und Neue Grottkauer Straße und die Grottkauer bzw. Neue Grottkauer Straße. Das Flüchtlingsheim liegt mitten darin. Eine Vertreterin vom Haus Aufwind der JAO gGmbH und Engagierte von der evangelischen Kirchengemeinde Hellersdorf zusammen mit einer freien Moderatorin mit Erfahrung in der Nachbarschaftsarbeit in der Umgebung von Flüchtlingsheimen, kamen zu dem Schluss, dass auch die für eine bessere Nachbarschaft aktiven Menschen, berufliche wie ehrenamtliche, sich zu wenig persönlich kennen. Wir müssen anfangen, die*

*nachbarschaftlichen Kontakte zu pflegen, die wir uns von und für alle Bewohnerinnen und Bewohner wünschen. Das war unsere Motivation, mit der wir zum ersten Neujahrsempfang im Schleipfuhlviertel am Donnerstag, den 20.2.2014 in das Evangelische Gemeindezentrum einladen. Eingeladen waren engagierte Nachbarn und alle Menschen aus dem Viertel, die beruflich oder ehrenamtlich in sozialen, kulturellen, politischen, kirchlichen, kommerziellen Einrichtungen engagiert sind. Und es kamen 45 Menschen, die sich an dem Abend bei Musik, Buffet und Gesprächen, für die es Impulsfragen gab, kennen lernten.*

*Es bestätigte sich unsere Vermutung, dass sich Nachbarn hier im Viertel wenig kennen und es so auch keine starken nachbarschaftlichen Netzwerke gibt, in die neu ankommende Nachbarn, wie bspw. die hierher geflüchteten Menschen, integriert werden können. Aber nun kamen diejenigen zusammen, die das ändern wollten. Eine Adressliste entstand von Menschen, die ansprechbar sind für konkrete Initiativen in der Nachbarschaft. Es gab eine Ideenliste: zusammen kochen, tanzen, Sport machen.*

*Die Schule am Rosenhain – auch ein Nachbar im Viertel – hat einen schönen Fußballplatz mit Wiese daneben und einen Sportlehrer, der stellvertretender Schulleiter ist. So entstand schnell die Idee, während der Fußball-WM am 26. Juni 2014 auf dem Gelände der Schule ein Nachbarschafts-Picknick mit Fußballturnier für Kinder und Jugendliche aus dem Viertel zu veranstalten. Die Nachbarn brachten für das Picknick mit, was ihnen selber schmeckt und was sie mit anderen teilen mochten. Die Kinder und Jugendlichen kickten auf dem Kleinfeld. Alle bekamen als Ansporn eine Medaille und jeweils einen Ausflug als Team zum „Bergwerk“, zum Bowling oder ins Eiscafé, gesponsert von der „Deutschen Wohnen“.*

*Jetzt erst sahen wir uns genötigt, unserem Kreis einen Namen zu geben: Schleipfuhl Nachbarschaftsinitiative. Nach wie vor ist dies ein informelles Netzwerk. Wichtigster Bestandteil ist die wachsende Adressliste von engagierten Nachbarn. Über den E-Mail-Verteiler werden Informationen auch von allen anderen Einrichtungen und Menschen verbreitet, die sich für die Nachbarschaft und gegen Fremdenfeindlichkeit engagieren, z.B. aus dem Nachbarschaftsdialog des Flüchtlingsheims, von „Hellersdorf hilft e.V.“, dem Bezirksamt usw. So sind gegenseitige Besuche oder Beteiligungen bei Festen und Aktionen selbstverständlich geworden.*

*Am 28. Januar 2015 haben wir unseren zweiten Neujahrsempfang gefeiert und gehen zuversichtlich in unser zweites Jahr, offen für weitere Menschen, die mitmachen möchten.*

#### **Beispiel 4:**

**„Viele von denen wollen ja auch gar nicht arbeiten.“ – Ein Sozialpädagoge einer Jugendfreizeiteinrichtung berichtet von Erfahrungen mit rechten Tendenzen im Bereich des Praxislernens in Hellersdorf-Nord:**

*In verschiedensten Settings von Gruppenaktivitäten, mit Schüler\_innen aus unterschiedlichen sogenannten Praxislernklassen (Sonderform des dualen Lernens) wird man immer wieder mit einem Wust an Vorurteilen und Statements rechter Gesinnung, bis hin zu offen rassistischen Aussagen, seitens der Jugendlichen konfrontiert, wenn das Gespräch irgendwie die Thematik Migration berührt. Genauso lässt sich aber auch häufig feststellen, dass diese Gesinnung weder besonders gefestigt ist, noch unbedingt auf eigenen Erfahrungen gründet – und häufig einfach unreflektiert aus einem sozialen Umfeld übernommen wird, welches selbst praktisch kaum Kontakt zu Migrant\_innen bzw. Ausländer\_innen hat.*

*Ebenso fällt auch auf, dass sich abwertende Äußerungen nicht nur auf Migrant\_innen beziehen, sondern praktisch auf jede gesellschaftliche Randgruppe bzw. überhaupt „Andere“ (Hartz-IV-Bezieher\_innen, körperlich bzw. geistig Benachteiligte, Niedriglöhner\_innen, Religionsgruppen, Homosexuelle), obwohl absurderweise einige der von uns betreuten Jugendlichen selbst zu diskriminierten Gruppen gehören. So werden häufig diskriminierende Ausdrücke vollkommen unreflektiert benutzt, ohne sich über deren Gehalt auch nur im Entferntesten im Klaren zu sein. „Behindert“ ist z.B. ein „Lieblingsschimpfwort“, das unserer Erfahrung nach besonders häufig von Schüler\_innen „mit dem Förderstatus Lernen“, die ehemals offiziell als „Lernbehinderte“ bezeichnet wurden, benutzt wird.*

*Davon abgesehen sind einige der Argumentationen der Jugendlichen ziemlich widersprüchlich und konfus und zeigen damit eher, wie unausgegoren deren Weltbild bislang noch ist, als dass es eine zementierte politische Haltung widerspiegeln würde. Folgende Aussagen einiger Schüler\_innen zeigen dies:*

*„Die NPD ist doch eigentlich eine ganz normale Partei, sonst wär‘ sie ja verboten!“*

*„Ausländer sind doch scheiße, ich will mit denen nichts zu tun haben!“*

*„[...] auch Polen sind weiß und Ukrainer und so. [...] Gegen die habe ich aber auch nichts, eigentlich habe ich nur was gegen Leute mit anderer Hautfarbe.“*

*„Nein, ich bin auch kein Rassist, ich habe sogar schwarze Freunde. [...] ich hab eigentlich nur etwas gegen Türken, die find ich aber wirklich scheiße. Und Araber und so. Die aus Kreuzberg.“*

*„Ich bin eigentlich nur gegen die ganzen Asylanten und so, die einfach hier leben wollen und alles vom Staat bekommen. [...] Viele von denen wollen ja auch gar nicht arbeiten.“*

*Im Prinzip lassen solche Aussagen nicht auf eine gefestigte rechte Gesinnung schließen, sondern spiegeln eher unreflektierte, „übliche“ Meinungen aus dem sozialen Umfeld und teilweise aus der öffentlichen Diskussion wieder.*

### **Beispiel 5:**

**„Die Menschen aus den Schubladen in unseren Köpfen herauslassen“ – ein Bericht über das Projekt „Elternakademie“ einer Sozialeinrichtung aus Hellersdorf-Ost:**

*Die Elternakademie wurde entwickelt in Folge der diskriminierenden und z. T. rassistischen Aktivitäten im Sozialraum, präsent geworden durch die Öffnung der Flüchtlingsunterkunft in der Carola-Neher-Straße. Das Ziel der Elternakademie war eine Verbesserung des sozialen Miteinanders durch Bewusstmachung von ausgrenzendem Verhalten. Finanziert wurde dieses Projekt vom LAP- (Lokaler Aktionsplan) „Toleranz fördern - Kompetenz stärken“. Die Akquise der Teilnehmer\_innen fand vornehmlich im Kinder-, Jugend- und Familienzentrums (KJFZ) Haus "Aufwind" statt, aber auch in der Schleipfuhl-Nachbarschaftsinitiative sowie auf diversen Gremien des Stadtteils.*

*Die „Elternakademie“ als Angebot des KJFZ „Aufwind“ der Jugendwerk Aufbau Ost JAO gGmbH verfolgte die Intention, mit Müttern und Vätern für einen abgeschlossenen Zeitraum ein Projekt zur vorurteilsbewussten Selbst- und Fremdwahrnehmung durchzuführen und ihre Kompetenzen in der vorurteilsbewussten Erziehung zu fördern. Parallel trafen sich die größeren Kinder der Familien und setzen sich mit den Rechten der Kinder auseinander. Mit der Teilnahme am Kurs ging die Zielstellung einher, den Menschen innerhalb des Projekts einen veränderten Zugang zu ihrer eigenen Identität zu geben, sie in der Wahrnehmung ihrer Umwelt zu stärken und mit ihnen in einen intensiven Austausch zu kommen. Soziale Kompetenzen wurden verstärkt und eine gelungene Abwechslung zum Alltag und üblichen Erfahrungen geschaffen. Den Abschluss bildete eine Fahrt mit allen Teilnehmer\_innen sowie die Anerkennung der Teilnahme durch die Übergabe eines Zertifikates durch unseren Bürgermeister. Die Teilnehmer\_innen sollen dann als Multiplikatoren in ihrer Nachbarschaft wirken.*

*Folgende Ziele von vorurteilsbewusster Arbeit mit den Eltern wurden im Kurs verfolgt:*

*a) auf der persönlichen Ebene:*

- Selbstreflexion – sich eigene Erfahrungen mit Differenz und Diskriminierung bewusst machen*
- Vorurteilsbewusstsein – sich eigene Vorurteile bewusst machen, um diese zu überwinden*
- Differenzbewusstsein – Menschen in ihrer Verschiedenheit anerkennen, ohne Vorannahmen*
- über die Art der Unterschiede zu treffen*
- „die Menschen aus den Schubladen in unseren Köpfen herauslassen“*
- Selbstreflexionskompetenz und Selbstbewusstsein der Teilnehmer\_innen fördern*
- Kreativität und Fähigkeiten der Teilnehmer\_innen durch verschiedene Lernformen anregen*
- Teilnehmer\_innen fühlen sich ernst genommen und sind deshalb motivierter*

*b) auf der zwischenmenschlichen Ebene:*

- *Empathie und Offenheit – anderen Menschen zuhören, ihre Perspektiven verstehen lernen*
- *den eigenen Standpunkt aus Erfahrung begründen*
- *nicht-diskriminierend handeln – Diskriminierung erkennen und vermeiden lernen*

*c) auf der gesellschaftlichen Ebene:*

- *sich aktiv gegen Diskriminierung einsetzen;*
- *über soziale Gruppen und Kulturen hinweg enger und gleichberechtigter zusammenarbeiten und -leben.*

*Die Eltern empfehlen die Eltern-Akademie ihren Freunden und Bekannten und werden aktiv. Und sie wollen selbst gern noch einmal teilnehmen.*

*Aus der Sicht der Sozialpädagog\_innen des KJFZ Haus „Aufwind“ der Jugendwerk Aufbau Ost JAO gGmbH bietet sich dieses Projekt als ein gutes Angebot bzw. Ergänzung zu den bestehenden familienunterstützenden Maßnahmen im Sozialraum an. Eltern und ihre Kinder erleben über ihre Mitarbeit in diesem Projekt, wie sie selbst aktiv und wirksam erziehen und gleichzeitig wertschätzende Erfahrungen machen können.*

*Wir bedanken uns für die Unterstützung bei den Mitarbeiter\_innen des Aktionsfond „Aktionsfonds im LAP Hellersdorf-Nord und –Ost“ im Rahmen des Bundesprogramms „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“.*

*Für die vorbereitenden Schritte und die Ermutigung, das Projekt umzusetzen gilt unser Dank besonders den Mitarbeiter\_innen des Projektes REXEL des Violence Prevention Network. Besonders für die fachliche Beratung bedanken wir uns bei Herrn Lars Schäfer.*

*In der Durchführung danken wir Frau Eva Prausner als Verantwortliche des Projektes "Eltern stärken", pad gGmbH, und Frau Irene Beyer für ihre Mitgestaltung des Wochenend-Workshops.*

### **Beispiel 6:**

#### **„Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ – ein Bericht über Demokratieförderung an der Konrad-Wachsmann-Schule in Hellersdorf-Ost:**

*Die Konrad-Wachsmann-Schule hat seit vielen Jahren die Demokratieförderung auf der Agenda zu stehen. Im Folgenden wollen wir einen kurzen Abriss dessen geben, was in den letzten Jahren in unserer Schule entstanden ist.*

*Im September 2014 erhielt die Schule nach einer fast einjährigen Vorbereitungszeit den Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ mit dem 1. FC-Union als Paten. Als Schule wollten wir uns – auch nach außen gerichtet – ganz klar und deutlich gegen die im Zuge der Eröffnung des Wohnheimes für Asylbewerber\_innen in der Maxie- Wander-Straße laut werdenden rechtsorientierten Stimmen positionieren. Bereits vor der Titelverleihung wurden*

*die ersten Jugendlichen der neu eingerichteten Lerngruppe willkommen heißen, indem eine Klasse die Patenschaft übernahm und den ersten Tag an unserer Schule mit einem Frühstück und Zuckertüten organisierte.*

*Um den Titel mit Leben zu füllen und gerecht zu werden, finden monatlich unterschiedliche Projekte statt. Auftakt des Schuljahres 2014/15 war die Wanderausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung „Demokratie fördern – Rechtsextremismus bekämpfen“, die von vielen Klassen, z.T. mit Workshops, besucht wurde. Im November fand mit ausgewählten Schüler\_innen ein Projekttag im Asylbewerberheim statt, der über das Asylverfahren, Fluchtgründe, Fluchtwege und historische Hintergründe informierte. In einer kleinen Besichtigung des Wohnheimes konnten die Jugendlichen erfahren, wie minimalistisch und eng das Zusammenleben in einer solchen Einrichtung ist. Ein Schüler einer 9. Klasse war von diesem Besuch so beeindruckt, dass er spontan zu einer Spendensammlung von Schulmaterial und Kleidung aufrief. Im Dezember wurde ein Projekttag zum Thema NSU und Rechtsextremismus mit einer 9. Klasse veranstaltet. Das Weihnachtscafé im Dezember wurde von Schüler\_innen und Eltern der Regelklassen und der Lerngruppen für Schüler\_innen ohne Deutschkenntnisse als Ort der Begegnung genutzt. Im Januar 2015 wurde in einer 9. Klasse ein Planspiel zu dem Thema „Miteinander Leben“ durchgeführt. Einige der dort entwickelten kreativen, zu diesem Zeitpunkt jedoch sehr fiktiven, Projektideen der einzelnen Gruppen wollen wir weiter verfolgen und versuchen, zu ihrer Umsetzung beizutragen. Bspw. gab es den Vorschlag, einen Spendenlauf oder ein Fest zu organisieren und die eingenommenen Gelder dem Asylbewerberheim für die Errichtung eines Spielplatzes zu spenden. Für das 2. Schulhalbjahr sind die Durchführung eines Erzählcafés, der Besuch eines Anti-Diskriminierungsprojekts beim 1. FC Union, eine kulinarische Reise, Strom-Kasten Graffiti und die Schulbegegnung Wedding meets Hellersdorf geplant.*

*Demokratieförderung zeigt aber auch viele andere Gesichter. Über die Förderung des Lokalen Aktionsplans konnte in den letzten vier Jahren eine Arbeitsgruppe von Schüler\_innen entstehen, die sich aktiv als ausgebildete Konfliktlotsen in die alltäglichen Konflikte einmischen und zur Verbesserung des gesamten Schulklimas beitragen. Vor allem die Unterstützung von neu hinzukommenden Schüler\_innen unabhängig von Klassenstufe und Herkunft zählen sie zu ihrem Auftrag. Um das Projekt auch für Außenstehende transparenter zu gestalten, ist ein Film zum Thema Mediation entstanden, der auf der Seite der Konrad-Wachsmann-Schule veröffentlicht werden soll.*

*Zum Schluss – wir können an dieser Stelle tatsächlich nur einen Auszug unserer Arbeit darstellen – wollen wir die Arbeit der Gesamtschüler\_innen-Vertretung (GSV) würdigen. Die aktuelle Schulsprecherin ist zeitgleich Vorsitzende des Bezirksschülerausschusses und ist somit in außerordentlicher Weise im Bezirk vernetzt und auf dem aktuellsten Stand der im Bezirk relevanten Themen. Zu ihren Zielen in diesem Schuljahr gehört es, für die immer jünger werdenden Schüler\_innen unserer Schule Trampoline als Teil der Schulhofgestaltung zu*

*installieren. So wurde schon Kontakt zu verschiedenen Behörden aufgenommen und in regelmäßigen Sitzungen wird das weitere Vorgehen weitestgehend autonom besprochen. Außerdem wird versucht, die Arbeit der GSV transparenter für Schüler\_innen und Lehrkräfte zu gestalten. Dafür sollen Flyer angefertigt, die Homepage gestaltet werden etc. Mit Unterstützung der Pädagogen\_innen vor Ort lassen sie sich von den täglichen Hürden einer solchen Arbeit, die den Schüler\_innen oft noch unbekannt sind, nicht abbringen und versuchen stetig, ihre Ziele in Kooperation mit der Schulleitung und den Lehrkräften zu erreichen.*

## **6. MAßNAHMEN ZUR DEMOKRATIEENTWICKLUNG**

Im Jahr 2014, anknüpfend an das Vorjahr, setzten sich die rechtsextremen wie rechtspopulistischen Aktivitäten rund um die Flüchtlings- und Asylunterkunft in der Carola-Neher-Straße/Maxie-Wander-Straße fort. Die massive rechtsextreme Aktivität gegen die Unterkunft seit 2013 erzeugte nach anfänglicher Bestürzung in Teilen der Anwohnerschaft eine spürbare demokratische Gegenwehr, die sich in verschiedenen Aktivitäten und Projekten ausdrückte. Dabei entstanden Strukturen und Modelle der Zusammenarbeit, die dann auch in der zweiten Jahreshälfte während der Auseinandersetzungen um die damals angekündigte Unterkunft in der Schönagelstraße in Marzahn wirksam wurden. Dies war auch nötig, als Rechtsextreme und Rechtspopulisten in sog. „Montagsdemos“ gegen das angekündigte Heim mobilisierten und leider häufig auch Anwohner/innen der näheren Nachbarschaft, die zuvor nicht in irgendeiner rechtsextremen oder rechtspopulistischen Szene, Partei oder Organisation aktiv waren, zeitweise zahlreich mitmarschierten.

Trotz der massiven Auseinandersetzungen und der verstärkten rechten Aktivitäten gab es zur gleichen Zeit jedoch eine neue, ja neuartige Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements. Die Engagierten auf demokratischer Seite machten neue Erfahrungen der Zusammenarbeit, bildeten neue Strukturen oder nutzten die bereits vorhanden Strukturen für einen großen Schritt nach vorn in der Demokratieentwicklung im Bezirk. So ist es also nicht nur Rechtsextremen gelungen, Menschen aus dem privaten Rückzugsraum heraus zu locken. Ganz im Gegenteil aktivierte nicht zuletzt die menschliche Not der Flüchtlinge viele Bürger/innen zur aktiven Hilfe, die schnell begann Formen anzunehmen.

Diese spontan-demokratischen Strukturen der Menschlichkeit müssen deshalb – insbesondere dort, wo sie noch nicht stabil genug verankert sind und/oder gar offen attackiert werden – fortwährend geschützt, gestärkt und weiterentwickelt werden. Nur so kann wirksam verhindert werden, dass rechtsextremes Gedankengut auf fruchtbaren Boden fällt und das friedliche Zusammenleben *aller* Menschen ernsthaft gefährdet wird.

Die zahlreichen Spender/innen, Flüchtlingshelfer/innen und Engagierten im Kampf gegen rechts müssen hier genannt werden, da ohne sie tatsächlich der Eindruck hätte entstehen können, als seien rechtsextreme und menschenverachtende Gesinnungen vorherrschend im Bezirk, denn Rechtsextreme versuchten durch Demonstrationen und Propaganda die politische Landschaft, gleichsam das „politische Straßenbild“, zu dominieren. Die große Spendenbereitschaft, die 2013 begann und 2014 nicht abbrach, sondern stieg, und das Bedürfnis, den Flüchtlingen und Asylsuchenden einen möglichst angenehmen Aufenthalt in Marzahn-Hellersdorf zu bereiten, sind im Zusammenspiel mit dem unermüdlichen Engagement der lokalen deutungsmächtigen Akteur/innen (Bezirksamt, Bezirksverordnetenversammlung, demokratische Parteien etc.) ein Ausweis dafür, dass der Bezirk seine 2009 von der Bundesregierung verliehene Auszeichnung als „Ort der Vielfalt“ zurecht trägt.

Aber nicht nur im Bereich der Flüchtlingshilfe, sondern insbesondere im Bereich der Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus sowie der Initiierung von Begegnungsinitiativen zwischen „Neu-“ und „Alt-Marzahn-Hellersdorfern“ sind zahlreiche neue Strukturen, Initiativen, Projekte etc. entstanden oder wurden als Projekte aus dem Jahr 2013 auch 2014 fortgeführt.

Zu einer der größten Errungenschaften in der Demokratieentwicklung 2014 gehört ohne Zweifel die Gründung des „Bündnisses für Demokratie und Toleranz am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf“, das ursprünglich aus der Vorbereitungsrunde der jährlichen Veranstaltung **„Schöner leben ohne Nazis am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf“** hervorging und unter der Schirmherrschaft des Bezirksbürgermeisters steht. Im „Bündnis“ kommen die verschiedensten bezirklichen Akteur/innen aus Verwaltung, Politik, Wirtschaft, Kultur, Jugend, Schule, Sport, Zivilgesellschaft, Gewerkschaften, Kirche usw. usf. sowie einfach nur interessierte Bürger/innen zusammen, um gemeinsam den im Bezirk virulenten Rechtsextremismus sowie menschenfeindliche Einstellungen wo vorhanden zu bekämpfen. Der Entstehung des Bündnisses liegt auch die Erkenntnis zu Grunde, dass Demokratie nicht „nur“ die formale Beteiligung an Wahlen oder Demonstrationen bedeutet, sondern mit jeder Form von Menschenfeindlichkeit unvereinbar ist und einer demokratischen Kultur bedarf, die das Bündnis im Bezirk stärken und fördern soll.

Im Jahr 2014 fand auch wieder die Veranstaltung **„Schöner leben ohne Nazis am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf“** statt, die zugleich Auftakt der *interkulturellen Wochen* war. Bei der alljährlichen Veranstaltung, die seit 2009 im Bezirk stattfindet, präsentieren sich verschiedene im Bezirk ansässige demokratische Akteur/innen (z.B. Vereine, Initiativen, Parteien, Ämter, Gewerkschaften), die sich aktiv dem Ziel verschrieben haben, gemeinsam ein sichtbares Zeichen gegen Ausgrenzung, Rechtsextremismus und jedwede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu setzen und sich dabei für einen weltoffenen Bezirk

– nämlich für einen lebenswerten „Ort der Vielfalt“ – einzusetzen. Auch auf dieser Veranstaltung spielten die Angriffe und Proteste gegen Flüchtlinge bzw. den Bau von neuen Unterkünften eine Rolle. Die Veranstaltung ist ein Weg, weitere Bürger/innen für die gemeinsame Bekämpfung des Rechtsextremismus sowie der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zu gewinnen und zu bürgerschaftlichem Engagement zu ermutigen.

Auch längerfristige, häufig (zu Unrecht) wenig beachtete Projekte und Prozesse im Bereich der Demokratieentwicklung liefen parallel oder korrespondierend fort: Zu denjenigen „Instrumenten“, die im Kontext bezirklicher Demokratieentwicklung stehen, gehört beispielsweise der **Bürgerhaushalt**. Er bietet allen Bürger/innen die Möglichkeit, sich auch aktiv an der Gestaltung finanzpolitischer Belange zu beteiligen. Damit gehört der Bürgerhaushalt zu den „klassischen“ Instrumenten demokratischer Teilhabe, die es Bürger/innen ermöglicht, im kleinen Rahmen Verantwortung für ihr Gemeinwesen zu übernehmen. Dies hat sich im Laufe der letzten Jahre auch durchaus als praktikabel und erfolgreich erwiesen. Leider – und da gibt es noch Entwicklungsbedarf – erfährt diese Möglichkeit direkter Teilhabe noch zu wenig Aufmerksamkeit, was u.a. zu einer nach wie vor zu geringen Mitwirkung der Bürger/innen führt.

Bekanntlich unternimmt der Bezirk seit Jahren diverse Anstrengungen, um nicht nur rechtsextreme Phänomene und Tendenzen abzuwehren, sondern gleichzeitig auch die bezirkliche Demokratie zu befördern. Am bekanntesten sind wahrscheinlich die **Bürgerfragestunden** vor den Sitzungen der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) und die **Bürgersprechstunden** der Bezirksstadträt/innen, wo alle Bürger/innen mit den politisch Verantwortlichen ins Gespräch kommen können, um ihre Sorgen, Wünsche und Anliegen jedweder Art zur Sprache zu bringen. Beide Angebote werden von den Bürger/innen auch sehr rege genutzt.

Das Ziel der Aktivierung und Stärkung demokratischer Teilhabe verfolgten 2014 auch die im Rahmen des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ finanzierten **Lokalen Aktionspläne (LAPs)** für Marzahn-Mitte<sup>15</sup> und Hellersdorf-Nord/-Ost<sup>16</sup>. Diese hatten das Ziel, in einem Zusammenspiel aus Bezirksverwaltung und lokalen zivilgesellschaftlichen Akteur/innen eine gemeinsame Strategie gegen rechtsextreme, fremdenfeindliche und antisemitische Tendenzen zu entwickeln und ein Netzwerk aus demokratischen Kräften zu etablieren. Im Zuge dessen wurden einzelne Projekte umgesetzt, die vor Ort Vielfalt, Toleranz und Demokratie – vor allem bei Jugendlichen – erlebbar machen. Ganz konkret wurden in den beiden Marzahn-Hellersdorfer LAP-Gebieten beispielsweise Veranstaltungen wie „Schöner leben ohne Nazis“

---

<sup>15</sup> Weitere Informationen sind zu finden unter [www.vielfalt-in-marzahn.de](http://www.vielfalt-in-marzahn.de) und [www.aktionsplan-hellersdorf.de](http://www.aktionsplan-hellersdorf.de).

<sup>16</sup> Die LAPs im Rahmen des damaligen Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ wurden 2015 durch das Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ mit seinen lokalen „Partnerschaften für Demokratie“ abgelöst.

oder die „Lange Nacht der Toleranz“ durchgeführt. Peer Helper und Konfliktlotsen wurden ausgebildet. Das „Café auf Rädern“ war in Hellersdorf unterwegs und lud Anwohner/innen und Passant/innen im Kiez ein, bei Kaffee und Tee über alles zu sprechen, darüber, „wovon und wofür die Menschen im Viertel“ leben, welche Probleme, Erwartungen und Wünsche sie haben. Die „Elternakademie“ sensibilisierte Eltern für Äußerungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Und natürlich wurde im Jahr der Europa-Wahl eine U18-Wahl durchgeführt.

Das Ende 2012 von Polis\* vorgelegte, 2013 verabschiedete und im Einklang mit dem **Bezirklichen Integrationsprogramm** strategisch ausgerichtete **„Bezirkliche Aktionsprogramm für Demokratieentwicklung am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf“**<sup>17</sup> wurde weiter umgesetzt. Da es sich um ein „lernendes Programm“ handelt, das ausdrücklich auch aktuelle Entwicklungen berücksichtigt, mussten bestimmte Aktionsfelder des Programms angepasst, weiterentwickelt und in ihrer Priorisierung verändert werden. So hat das Aktionsfeld 4 „Wohnen, Nachbarschaft und öffentlicher Raum“ notwendiger Weise einen großen Raum eingenommen. Dabei sind nicht nur Aktionen des „Bündnisses für Demokratie und Toleranz“ und/oder Kundgebungen, insbesondere gegen Rechtsextremismus rund um den Blumberger Damm, der „Oster-spaziergang“, das „Fest der Nachbarn“, zu nennen. Auch der fortlaufende von der PeWoBe eingeladene und von Polis\* und der Stiftung SPI unterstützte „Nachbarschaftsdialog in der Carola-Neher-Straße“ trug zu einer weiteren Annäherung zwischen Alt- und Neubürger/innen bei, was die 2013 und Anfang 2014 extrem angespannte Lage zu entschärfen half.

Auf diese Weise hat sich ferner bestätigt, dass das Abrücken von den in der Vergangenheit durchgeführten öffentlich zugänglichen, größeren **Einwohner/innenversammlungen** im Vorfeld der Eröffnung einer neuen Flüchtlingsunterkunft, welche im Juli 2013 zu einer „Kaperung“ der Veranstaltung durch die NPD und anderer Neonazis aus ganz Berlin und sogar anderen Bundesländern führte, seitens des Bezirksamts richtig war. In Zusammenarbeit mit Polis\* und dem MBT »Ostkreuz« der Stiftung SPI wurden in der Folge Nachbarschaftsdialoge als geschützte Räume etabliert, in denen der Dreiklang von „Versachlichung, Pluralisierung und Transparenz“ zum Abbau vorurteilsbezogener Konfliktlagen beitragen konnte. Die Ereignisse 2013 und 2014 haben auch gezeigt, dass Demokratieentwicklung nicht „nur“ politisches Engagement, sondern auch qualitative „Werte“ beinhaltet, welche das vermeintliche „bürgerschaftliche Engagement“ rechtsextremer, auch rechtspopulistischer Provenienz

---

<sup>17</sup> Das Dokument ist zu finden unter [http://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/bv-online/\\_tmp/tmp/45081036978408417/978408417/00064952/52-Anlagen/02/vzb0415\\_IV-Aktionsplan\\_zur\\_Demokratieentwicklu.pdf](http://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/bv-online/_tmp/tmp/45081036978408417/978408417/00064952/52-Anlagen/02/vzb0415_IV-Aktionsplan_zur_Demokratieentwicklu.pdf).

aufgrund seiner Menschenfeindlichkeit infrage stellen. Kurz: Demokratie ist weit mehr als sich vermeintlich „basisdemokratisch“ entladender „Bürgerzorn“.

Aufgrund der Erfahrungen mit rechtsextremen Angriffen und Aufmärschen rund um die Flüchtlings- und Asylunterkunft in der Carola-Neher-Straße 2013 bot das Bezirksamt auch 2014 weiterhin regelmäßige **Anwohner/innensprechstunden** an, die interessierten Anwohner/innen aus dem Umfeld einer Flüchtlings- und Asylunterkunft die Möglichkeit geben, Antworten auf ihre noch ungeklärten Fragen zu geben. Doch die Anwohner/innensprechstunden wurden von den Bürger/innen kaum in Anspruch genommen. Die kritische Reflexion dieser demokratischen Instrumente sollte daher weitergehen, um auf dem Gebiet der bezirklichen Demokratieentwicklung voran zu kommen.

Wesentlich erfolgreicher wirkte hier der bereits im November 2013 von der Heimleitung in der Carola-Neher-Straße, Polis\*, und dem MBT »Ostkreuz« der Stiftung SPI eingerichtete **Nachbarschaftsdialog**, welcher neben den o.g. Effekten zu einer wechselseitigen Vernetzung der im Quartier tätigen relevanten Akteur/innen aus dem Bezirksamt und den Bereichen Jugend, Kultur, Polizei, Wohnen, Wissenschaft etc. führte. Im Nachbarschaftsdialog werden gemeinsame Ideen entwickelt und Projekte zur Gestaltung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens auf den Weg gebracht.

In diesem Zusammenhang ist auch der Verein **„Hellersdorf hilft“** zu nennen, der 2013 als Initiative entstand, um der Agitation der rechtsextremen „Bürgerinitiative“ bzw. sog. „Bürgerbewegung Marzahn-Hellersdorf“ etwas entgegenzusetzen und zugleich die Flüchtlinge beim Ankommen zu unterstützen. Die mehrfach ausgezeichnete Initiative hat inzwischen ein „Ladenlokal“, kurz „LALOKA“, das auch als Begegnungsstätte zwischen Alt- und Neubürger/innen fungiert. Das öffentliche Engagement für Flüchtlinge und gegen Rechtsextremismus wird von rechtsextremen Akteur/innen, auch mit Gewalt und Gewaltandrohungen, bekämpft. Das gewalttätige Eindringen in das LALOKA durch eine Gruppe rechter „Flüchtlingsgegner/innen“ legt dafür beredtes Zeugnis ab (siehe Kapitel „5. Erfahrungsberichte“).

Auch die Schwerpunktverlagerung rechtsextremer und rechtspopulistischer Aktivitäten nach Marzahn im Herbst 2014 macht deutlich, dass rechtsextreme und rechtspopulistische Akteur/innen ungebrochen und durchaus „flexibel“ versuchen, durch Propaganda und Ängstschüren die zweifelsohne auch in anderen Teilen der Bevölkerung vorzufindenden menschenfeindlichen Ressentiments für ihre völkisch-nationalen Ziele zu aktivieren. Dies wird eine wachsende Herausforderung auch im Bezirk Marzahn-Hellersdorf sein, dessen Zukunft nur die demokratisch gesinnten Marzahn-Hellersdorfer/innen gestalten soll(t)en.

## 7. CHRONIK DER GESAMMELTEN VORFÄLLE IM VERZEICHNIS 2014

lfd. Nr.	Datum	Vorfall	Quelle	Art	Inhaltliche Zuordnung	Ort
1.	15. Dez 14	Rechtsextreme „Montagsdemo“ gegen die geplante Flüchtlingsunterkunft in der Schönagelstraße.	Polis*	Veranstaltung	Rassismus	Marzahn-Mitte
2.	08. Dez 14	Rechtsextreme „Montagsdemo“ gegen die geplante Flüchtlingsunterkunft in der Schönagelstraße.	Polis*	Veranstaltung	Rassismus	Marzahn-Mitte
3.	01. Dez 14	Rechtsextreme „Montagsdemo“ gegen die geplante Flüchtlingsunterkunft in der Schönagelstraße (ca. 1.000 Personen Teilnehmer/innen laut Angaben der Veranstalter/innen bei "Facebook").	Polis*	Veranstaltung	Rassismus	Marzahn-Mitte
4.	24. Nov 14	Bei der sog. „Montagsdemo“ wird ein Journalist von Rechtsextremen, die auch im Zusammenhang mit der "Bürgerbewegung Marzahn-Hellersdorf" auftreten, angegriffen.	apabiz, Chronik Marzahn-Hellersdorf	Angriff	Politische/r Gegner/in	Marzahn-Mitte
5.	24. Nov 14	Rechtsextreme „Montagsdemo“ gegen die geplante Flüchtlingsunterkunft in der Schönagelstraße (ca. 1.000 Personen Teilnehmer/innen laut Angaben der Veranstalter/innen bei „Facebook“). Es kommt zu antisemitischen Beschimpfungen von Journalist/innen. Ein Kamerateam wird mit „Verrecke, Du Jude!“ beschimpft und als „zionistisches Gesocks“ tituiert. Dabei wird auch gegen eine Kamera geschlagen.	Polis*, Antisemitismus-Register Berlin	Veranstaltung	Antisemitismus	Marzahn-Mitte
6.	22. Nov 14	Gegen 17:25 Uhr wird eine 19-jährige Demonstrantin gegen eine Flüchtlingsgegner-Demonstration in der Lea-Grundig-Straße von einer Flasche, die ein 27-jähriger Flüchtlingsgegner geworfen hat, getroffen und verletzt.	ReachOut	Angriff	Politische/r Gegner/in	Marzahn-Mitte

7.	22. Nov 14	Gegen 17:30 Uhr werden in der Raoul-Wallenberg-Straße Gegendemonstrant/innen u.a. von einem 29-jährigen Flüchtlingsgegner angegriffen.	ReachOut	Angriff	Politische/r Gegner/in	Marzahn-Mitte
8.	22. Nov 14	Um 14:00 Uhr versammelten sich etwa 800 Personen in der Raoul-Wallenberg-Straße, um gegen den Bau der geplanten Flüchtlingsunterkunft in der Schönagelstraße zu demonstrieren. Die Aufzugsstrecke wurde von mehreren Gegenkundgebungen (mit ca. 2500 Teilnehmenden) blockiert. Deshalb lief der Aufzug über eine verkürzte Strecke und wurde um 17.50 Uhr vom Versammlungsleiter beendet.	Polizei Berlin	Veranstaltung	Rassismus	Marzahn-Mitte
9.	22. Nov 14	Von einem fingierten „Senatsbeauftragten Dr. Meier-Kratz“ aus der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt taucht ein auf den ersten Blick offiziell aussehender Brief (u.a. mit Berlin-Logo und sonstigen Details sowie frei erfundenem Grußwort des Regierenden Bürgermeisters) an die Anwohner/innen in der Ludwigsluster Straße auf. Darin wird darüber „informiert“, dass innerhalb weniger Tage die „Errichtung einer Asylantenunterkunft“ in der besagten Straße geplant sei. In einem Schlusswort des „Senatsbeauftragten“ heißt es: „Als Vertrauensperson des Regierenden Bürgermeisters werde ich stets persönlich im Problembezirk Hellersdorf anwesend sein und die Toleranz der Anwohner mit geeigneten Mitteln herstellen, notfalls mit gebührendem Nachdruck. [...] Die Maßnahme ist erforderlich und wird umgesetzt. Basta.“ Flankiert wurde der Brief durch eine „Rechtsanwalts-Mitteilung an die Bewohner der Ludwigsluster Straße nebst	Bürger/in	Sonstiges	Sonstiges	Hellersdorf-Süd

		Anrainerstraßen". Eine ebenfalls fingierte „Kanzlei Schneider" ruft darin zu einer Demonstration gegen die vermeintliche Senatsmaßnahme auf und bittet um Beteiligung an den Anwaltskosten, um folgendes Einspruchsverfahren beim Verwaltungsgericht durchführen zu können: „Das Gericht möge entscheiden, dass bezüglich des Objektes ein unverzüglicher Baustopp erlassen und das Verfahren zur Hauptverhandlung zu gelassen wird."				
10.	19. Nov 14	Es ist eine „Einladung zur Bürgeranhörung betr. Unterbringung von Asylbewerbern in der Schönagelstraße 70" aufgetaucht, die von dem Vorsitzenden der als rechtspopulistisch eingestuften Partei „Pro Deutschland" unterzeichnet wurde. Der Aushang, der an verschiedenen Stellen auftauchte, verwendete das Bezirkswappen und täuschte damit ein offizielles Schreiben seitens des Bezirksamtes vor. Dieses distanzierte sich umgehend von diesem Täuschungsversuch.	Bürger/in	Propaganda	Sonstiges	Marzahn-Mitte
11.	19. Nov 14	Es gibt Fälle, bei denen die Betroffenen aus unterschiedlichen Gründen keine Veröffentlichung möchten. In diesem Fall handelt es sich um einen rassistischen Angriff.	ReachOut	Angriff	Politische/r Gegner/in	unbekannt (M-H)
12.	17. Nov 14	Rechtsextreme „Montagsdemo" gegen die geplante Flüchtlingsunterkunft in der Schönagelstraße (ca. 1.000 Personen Teilnehmer/innen laut Angaben der Veranstalter/innen bei "Facebook").	Polis*	Veranstaltung	Rassismus	Marzahn-Mitte
13.	10. Nov 14	Rechtsextreme „Montagsdemo" gegen die geplante Flüchtlingsunterkunft in der Schönagelstraße (ca. 700 Personen Teilnehmer/innen laut Angaben der	Polis*	Veranstaltung	Rassismus	Marzahn-Mitte

		Veranstalter/innen bei „Facebook“).				
14.	08. Nov 14	Eine Frau wird von einer Nachbarin und deren Sohn wiederholt rassistisch beleidigt und bespuckt.	ReachOut	Angriff	Rassismus	unbekannt (M-H)
15.	03. Nov 14	Die Partei „Die Rechte“ hat einen Aufmarsch durch Marzahn (von der Landsberger Allee/Ecke Blumberger Damm über die Raoul-Wallenberg-Straße und zurück) organisiert und sich dabei eine zuvor von einigen Anwohner/innen angemeldete, dann aber wieder abgesagte Demonstration gegen die geplante Flüchtlingsunterkunft in der Schönagelstraße zunutze gemacht. Es nahmen ca. 270 Personen teil, die rassistische und zum Teil volkverhetzende Parolen („Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!“) skandierten. Der Aufmarsch dauerte zwischen 19:30 und 21:30 Uhr.	Berliner Zeitung	Veranstaltung	Rassismus	Marzahn-Mitte
16.	14. Okt 14	An der Fassade einer Schule in Hellersdorf-Ost wurde eine Hakenkreuz-Schmiererei zusammen mit dem Schriftzug „Nazis“ sowie einem Adolf-Hitler-Strichmännchen entdeckt.	Schul- und Sportamt M-H	Propaganda	Verharmlosung bzw. Verherrlichung des NS	Hellersdorf-Ost
17.	12. Okt 14	Gegen 16:00 Uhr werden Fans des Fußballvereins „Tennis Borussia Berlin“ beleidigt, angepöbelt und bedroht. Seit 14:00 Uhr hatten auf dem Sportplatz am Rosenhag die Herrenfußball-Teams des BSV Eintracht Mahlsdorf und der Tennis Borussia Berlin ein Spiel ausgetragen. Unter die Fans von Eintracht Mahlsdorf hatten sich auch bekannte Rechtsextreme aus dem Umfeld der NPD gemischt. Als nach dem Spiel die Fans von Tennis Borussia gerade abreisten, begannen aus den Reihen der Eintracht-Fans Pöbeleien. Darunter mischte	Register Charlottenburg-Wilmersdorf; Antisemitismus-Register Berlin, Chronik Marzahn-Hellersdorf	Angriff	Politische/r Gegner/in	Mahlsdorf

		sich auch ein Mahlsdorfer Spieler. Die Rechtsextremen schubsten die Borussia-Fans und beschimpfen sie u.a. als „Schwuchteln“, „Scheiß Transen“, „Neger“ und diffamierten ihren Verein als „Drecksjuden-Verein“. Dabei wurden die Borussia-Fans abgefilmt und bis aus dem Sportgelände heraus auf der Hönower Straße verfolgt.				
18.	10. Okt 14	Ein Mann, der im Wohnheim in der Carola-Neher-Straße wohnt, wird von fünf Männern bis zur Unterkunft verfolgt. Die Angreifer rufen rechtsextreme Parolen und versuchen, in das Heim einzudringen, was durch die Sicherheitskräfte verhindert wird. Die Männer bekommen von der Polizei Platzverweise erteilt.	Chronik Marzahn-Hellersdorf	Angriff	Rassismus	Hellersdorf-Ost
19.	07. Okt 14	Aufkleber mit der Aufschrift „Geld für die Oma statt für Sinti und Roma“ am Busbahnhof Kaulsdorf.	Bürger/in	Propaganda	Antiziganismus	Kaulsdorf
20.	07. Okt 14	Am Abend versuchten 15 Personen (teilweise bekannt aus dem rechtsextremen und gewaltbereiten Spektrum) in die Räume der Begegnungsstätte LaLoka einzudringen. Dabei fielen rassistische Parolen und Beleidigungen. Das Eintreffen der Polizei konnte eine weitere Zuspitzung der Situation verhindern. Keine Person wurde verletzt.	Hellersdorf hilft e.V., Störungsmelder	Angriff	Politische/r Gegner/in	Hellersdorf-Ost
21.	03. Sep 14	Plakate, welche für die Veranstaltungen „Schöner leben ohne Nazis“ und „Dive'R'city“ warben, wurden beschädigt bzw. heruntergerissen.	Bürgerbewegung Hellersdorf ("Facebook")	Sachbeschädigung	Politische/r Gegner/in	Hellersdorf-Nord
22.	31. Aug 14	Vier junge Männer werden gegen 1:30 Uhr auf dem U-Bahnhof Louis-Lewin-Straße von fünf Männern rassistisch beleidigt. Es wird versucht, einem Mann das Handy aus der Hand zu schlagen; er selbst wird gestoßen.	Chronik Marzahn-Hellersdorf	Angriff	Rassismus	Hellersdorf-Nord

23.	30. Aug 14	Ein 14-jähriges Mädchen, das in einer Gruppe von Kindern aus dem Flüchtlingsheim in der Carola-Neher-Straße unterwegs ist, wird an einer Bushaltestelle von einem unbekanntem Mann absichtlich angerempelt.	Chronik Marzahn-Hellersdorf	Angriff	Rassismus	Hellersdorf-Ost
24.	15. Aug 14	An der Fensterscheibe eines leerstehenden Ladengeschäftes auf dem Kastanienboulevard wird ein Aufkleber der rechtsextremen Splittergruppe „Antiimperialistische Plattform Berlin“, das den syrischen Präsidenten Assad zusammen mit der Losung „Gegen Zionismus und arabische Reaktion! Es lebe Präsident Assad!“ zeigt, entdeckt.	Antisemitismus-Register Berlin	Propaganda	Antisemitismus	Hellersdorf-Ost
25.	24. Jun 14	Hakenkreuz-Schmiererei an einer Litfaßsäule in der Hellersdorfer Straße.	Ordnungsamt	Propaganda	Verharmlosung bzw. Verherrlichung des NS	Hellersdorf-Nord
26.	08. Jun 14	Am Flüchtlingsheim in der Carola-Neher-Straße führte eine gegen dieses Heim gerichtete unangemeldete Demonstration der „Bürgerbewegung Hellersdorf“ statt. Am darauffolgenden Tag veröffentlichten die Veranstalter ein Video, in dem ein Bewohner des Heims zu sehen ist, der am offenen Fenster steht. Die Demonstranten rufen ihm Parolen wie „Springt doch, ihr Parasiten!“ zu.	Antifa Hellersdorf	Veranstaltung	Rassismus	Hellersdorf-Ost
27.	02. Jun 14	An einem Wartehaus der Straßenbahn-Haltestelle „Freizeitforum Marzahn“ wurde mit roter Farbe ein Hakenkreuz gezeichnet.	Bürger/in	Propaganda	Verharmlosung bzw. Verherrlichung des NS	Marzahn-Mitte
28.	01. Jun 14	Ein Mann klebte an die Fassade des Wohnheims in der Carola-Neher-Straße Aufkleber, die sich gegen das selbige richteten. Ein Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes beobachtete gegen 00.20 Uhr zwei Männer am Wohnheim.	Polizei Marzahn-Hellersdorf	Propaganda	Rassismus	Hellersdorf-Ost
29.	22. Mai 14	Ein NPD-Bezirksverordneter in der BVV stellte sieben kleine und eine mündliche	Polis*	BVV	Rechte Selbstdarstellung	stadtteilübergreifend (M-H)

		Anfrage bzgl. des Wohnheims in der Carola-Neher-Straße.				
30.	17. Mai 14	Im Rahmen der Europawahl gab es einen Aufmarsch und Kundgebungen von Anhängern und Mitgliedern der NPD in der Hellen Mitte.	Bürgerbewegung Hellersdorf ("Facebook")	Veranstaltung	Rechte Selbstdarstellung	Hellersdorf-Nord
31.	12. Mai 14	Entlang der Nelly-Sachs-Straße und an der Alice-Salomon-Hochschule lagen Flugblätter mit der Aufschrift „Nein zum Heim!“ und „Ja zu Deutschland!“.	Bürger/in	Propaganda	Rassismus	Hellersdorf-Nord
32.	07. Mai 14	Veröffentlichung von „10 Punkten für eine sofortige Schließung vom Asylantenheim in Berlin-Hellersdorf“ auf der „Facebook“-Seite der „Bürgerbewegung Hellersdorf“.	Polis*	Propaganda	Rassismus	Hellersdorf-Ost
33.	07. Mai 14	E-Mail eines Anwohners an das Wohnheim in der Carola-Neher-Straße, die sich auf einen Informationsbrief des Bezirksamtes zur Neubelegung des Heims richtet: „Erstens interessiert es mich einen Dreck was mit dem Gesindel passiert und zweitens, müssten sie uns deutsche Bürger eigentlich um Erlaubnis fragen ob wir damit einverstanden sind. [...] Von mir aus könnten die Schulen auseinander fallen und das Gesindel verrecken.“ (Rechtschreibfehler im Originaltext).	Bürger/in	Sonstiges	Rassismus	Hellersdorf-Ost
34.	03. Mai 14	Ein dunkelhäutiger junger Mann wurde im Regine-Hildebrandt-Park von zwei Angreifern erst angerempelt, dann rassistisch beleidigt und anschließend mit der Faust ins Gesicht geschlagen.	Polizei Berlin, Tagesspiegel	Angriff	Rassismus	Hellersdorf-Nord
35.	27. Apr 14	NPD-Aufkleber: „Nein zum US-Bombenterror“ am Wegweiser.	Bürger/in	Propaganda	Sonstiges	Hellersdorf-Nord
36.	24. Apr 14	Gegen 2:00 Uhr wird ein 22-jähriger Mann, der ein Kleid trägt, in der Borkheider Straße von drei unbekanntenen Männern transphob beleidigt und geschlagen.	Polizei Berlin	Angriff	LGBTIQ* Feindlichkeit	Marzahn-Nord

37.	24. Apr 14	Auf dem Straßenschild der Carola-Neher-Straße wurden Aufkleber mit dem Schriftzug „Wir wollen keine Asylantenheime. Wir Deutsche stellen uns quer!“ angebracht.	Kulturforum Hellersdorf	Propaganda	Rassismus	Hellersdorf-Ost
38.	22. Apr 14	Zwei Passanten beleidigen mehrere Bewohner des Wohnheims in der Carola-Neher-Straße rassistisch.	taz	Bedrohung/ Beleidigung/ Pöbelei	Rassismus	Hellersdorf-Ost
39.	20. Apr 14	Ein Mitarbeiter des Wohnheims in der Carola-Neher-Straße wurde von einem Mann und einer Frau rassistisch beleidigt.	Polizei Berlin	Bedrohung/ Beleidigung/ Pöbelei	Rassismus	Hellersdorf-Ost
40.	14. Apr 14	Zahlreiche NPD-Wahlplakate in der Raoul-Wallenberg-Straße sowie Aufkleber gegen „Asyl-Missbrauch“ in der Nähe des „Freizeitforums Marzahn“ und an Containern auf der Marzahner Promenade.	Bürger/in	Propaganda	Rechte Selbstdarstellung	Marzahn-Mitte
41.	13. Apr 14	Ein 26-jähriger zündet Wahlplakate an, zeigt den „Hitlergruß“ und leistet aggressiven Widerstand gegen mehrere Polizisten.	Polizei Berlin	Sachbeschädigung	Politische/r Gegner/in	Hellersdorf-Nord
42.	06. Apr 14	Verschiedene NPD-Aufkleber mit der Aufschrift „Todesstrafe für Kinderschänder“ und „Nein zum Heim!“ an einem Laternenmast bei den „Gärten der Welt“.	Bürger/in	Propaganda	Rechte Selbstdarstellung	Hellersdorf-Nord
43.	06. Apr 14	NPD-Aufkleber mit der Aufschrift „Einmal Deutschland und zurück“ an der U-Bahn-Brücke Cottbusser Platz.	Bürger/in	Propaganda	Rechte Selbstdarstellung	Hellersdorf-Nord
44.	04. Apr 14	Verschiedene NPD-Aufkleber mit der Aufschrift „Nein zum Heim!“, „Wir wollen keine Asylantenheime!“, „Nein zum Bombenterror!“ etc. an einem Laternenmast, einem Spielplatzschild und an einer Banklehne im Park gefunden.	Bürger/in	Propaganda	Rassismus	Hellersdorf-Nord
45.	04. Apr 14	Mehrere Aufkleber von „www.rechtundwahrheit.org - Schützt unsere Heimat!“ auf einem Park- und auf einem Spielplatzschild.	Bürger/in	Propaganda	Rechte Selbstdarstellung	Hellersdorf-Nord

46.	31. Mrz 14	Mehrere Aufkleber und Plakate mit Schriftzug und Logo von „Identitäres Europa“ an einer Bushaltestelle und mehreren Laternenpfählen gefunden.	Bürger/in	Propaganda	Rechte Selbstdarstellung	Hellersdorf-Nord
47.	29. Mrz 14	Mehrere NPD-Aufkleber mit der Aufschrift „Asylbetrüger raus!“ am Bushaltestellenschild und am Laternenpfahl in der Nähe einer Schule gefunden.	Bürger/in	Propaganda	Rassismus	Hellersdorf-Nord
48.	22. Mrz 14	Aufkleber des „Nationalen Widerstands“ im Tunnel des U-Bahnhofs Cottbuser Platz gefunden.	Bürger/in	Propaganda	Rechte Selbstdarstellung	Hellersdorf-Süd
49.	19. Mrz 14	Ein Mann und eine Frau, beide etwa Mitte zwanzig, versuchen einen Passanten zu fotografieren. Sie beleidigen ihn als „linke Bazille“ und bedrohen ihn mit einem Teppichmesser.	Weblog der Projektwerkstatt WuT	Angriff	Politische/r Gegner/in	Hellersdorf-Süd
50.	16. Mrz 14	Das Auto einer Unterstützerin des Flüchtlingsheims in der Carola-Neher-Straße wurde in Brand gesetzt.	Polizei Berlin	Sachbeschädigung	Politische/r Gegner/in	Hellersdorf-Ost
51.	14. Mrz 14	Gegen 0.10. Uhr werden ein 19- und ein 20-jähriger Mann auf dem Weg in die Unterkunft in der Maxie-Wander-Straße von sechs unbekanntenen Männern aufgefordert, stehen zu bleiben und mit Bierflaschen beworfen. Der 19- und der 20-Jährige erreichen das Flüchtlingsheim unverletzt. Zwei Zeugen können verhindern, dass die sechs Männer in das Gebäude eindringen, obwohl sie es versuchen und aus rassistischer Motivation Drohungen aussprechen.	Bürger/in, Polizei Berlin, versch. Presse	Angriff	Rassismus	Hellersdorf-Ost
52.	13. Mrz 14	NPD-Aufkleber mit der Aufschrift „Mehr Bildung, weniger Zuwanderung“ auf dem Schleichweg von der Marzahner Promenade zur Straßenbahnhaltestelle gefunden.	Bürger/in	Propaganda	Rechte Selbstdarstellung	Marzahn-Mitte
53.	11. Mrz 14	NPD-Aufkleber mit der Aufschrift „Natürlich Deutsch“ auf Verkehrsführungsschild an der Einfahrt zu einem Supermarkt in der	Bürger/in	Propaganda	Rechte Selbstdarstellung	Hellersdorf-Nord

		Gothaer Straße.				
54.	10. Mrz 14	Der Code „NF“ („Nationale Front“) wurde in einer Glastür in der Suhler Straße eingeritzt.	Bürger/in	Propaganda	Rechte Selbstdarstellung	Hellersdorf-Nord
55.	10. Mrz 14	Es wurden Aufkleber mit der Aufschrift „Hartz 5 vorbeugen“ und „Grünes Licht für nationalen Sozialismus“ auf Briefkasten in der Zossener Straße/Michendorfer Straße gefunden.	Bürger/in	Propaganda	Rechte Selbstdarstellung	Hellersdorf-Nord
56.	10. Mrz 14	Gegen 1:00 Uhr wird am U-Bahnhof Hellersdorf ein 34-jähriger Mann von einem 21- und einem 24-jährigen Mann rassistisch beleidigt. Ihm wird wiederholt ins Gesicht gespuckt.	Polizei Berlin	Angriff	Rassismus	Hellersdorf-Nord
57.	09. Mrz 14	NPD-Aufkleber „Asylheim? Nein Danke!“ an einem Laternenpfahl.	Bürger/in	Propaganda	Rassismus	Hellersdorf-Nord
58.	05. Mrz 14	Gegen 12:15 Uhr wird ein 23-jähriger Mann in einem Wohnhaus, während er Flyer für die „Schülerpiraten“ verteilt, von einem unbekanntem Mann rassistisch beleidigt, gestoßen und verletzt.	ReachOut	Angriff	Politische/r Gegner/in	unbekannt (M-H)
59.	04. Mrz 14	Schmierereien im Zugangsbereich zu den Bahnsteigen des U-Bahnhofs Cottbusser Platz („Fuck ANTIFA“ und „Rache für Horst Wessel!“).	Ordnungsamt	Propaganda	Politische/r Gegner/in	Hellersdorf-Süd
60.	27. Feb 14	Auf der Abfahrt zum Radweg in der Gothaer Straße/Eisenacher Straße wurde der rechtsextreme Zahlencode „88“ (d.h. „Heil Hitler“) in den Beton geritzt.	Bürger/in	Propaganda	Verharmlosung bzw. Verherrlichung des NS	Hellersdorf-Nord
61.	26. Feb 14	Mehrere NPD-Aufkleber mit der Aufschrift „Nein zum Heim!“ und „Wir wollen keine Asylantenheime!“ an mehreren Laternenpfählen.	Bürger/in	Propaganda	Rassismus	Hellersdorf-Nord
62.	26. Feb 14	Ein dunkelhäutiger junger Mann wird im Treppenhaus eines Hellersdorfer Wohnhauses von einer weiblichen Reinigungskraft rassistisch beleidigt: „Geh zurück nach Afrika!“ Dabei schlägt die Frau	Polis*	Angriff	Rassismus	Hellersdorf-Ost

		dem Mann mit ihrem Wischmopp gegen sein Schienbein. Der Mann muss sich daraufhin in ärztliche Behandlung begeben und erstattet Anzeige.				
63.	23. Feb 14	NPD-Aufkleber: „Asylbetrüger raus!“ an einem Laternenpfahl.	Bürger/in	Propaganda	Rassismus	Hellersdorf-Süd
64.	23. Feb 14	Auf dem Bürgersteig in der Gothaer Straße wurden sieben Flyer mit einem Aufruf zum „Trauermarsch“ und zur „Mahnwache“ am 7. und 8.3.2014 in Dessau gefunden.	Bürger/in	Propaganda	Verharmlosung bzw. Verherrlichung des NS	Hellersdorf-Nord
65.	22. Feb 14	Schriftzug „NPD“ am Kleiderspenden-Container am Auerbach Ring.	Bürger/in	Propaganda	Rassismus	Hellersdorf-Ost
66.	21. Feb 14	Ein NPD-Aufkleber mit der Aufschrift „Asylbetrüger raus!“ wurde bei einer Jugendfreizeiteinrichtung gefunden.	Bürger/in	Propaganda	Rassismus	Hellersdorf-Nord
67.	20. Feb 14	Hakenkreuz-Schmierereien am U-Bahnhof Neue Grottkauer Straße und in der Carola-Neher-Straße.	Bürger/in	Propaganda	Rechte Selbstdarstellung	Hellersdorf-Ost
68.	13. Feb 14	Mehrere Handzettel mit der Aufschrift „Asylwahnsinn stoppen!“ wurden im Hellersdorfer Rathausviertel gefunden.	Polis*	Propaganda	Rassismus	Hellersdorf-Nord
69.	10. Feb 14	Einem Mitarbeiter einer Jugendeinrichtung wird „Rotfront verrecke!“ hinterher gerufen.	Bürger/in	Bedrohung/Beleidigung/Pöbelei	Politische/r Gegner/in	Hellersdorf-Nord
70.	08. Feb 14	Zu einer Demonstration der NPD gegen das deutsche Asylrecht kamen zwischen 10 und 20 Anhänger/innen zusammen; die Gegendemonstrant/innen waren in der Überzahl.	taz	Propaganda	Rassismus	stadtteilübergreifend (M-H)
71.	06. Feb 14	Ein Flyer mit der Aufschrift „Asyl-Wahnsinn stoppen“ wurde in einem Briefkasten gefunden.	Bürger/in	Propaganda	Rassismus	unbekannt (M-H)
72.	06. Feb 14	Die „Bürgerbewegung Hellersdorf“ veröffentlicht private Daten eines Parteimitglieds der Linken im Internet, welches als Flüchtlingsberater tätig ist. Es folgen u.a. beleidigende Anrufe	taz	Bedrohung/Beleidigung/Pöbelei	Politische/r Gegner/in	unbekannt (M-H)

		(„Doofkopp“) und telefonische Bedrohungen („Wir kriegen dich!“).				
73.	02. Feb 14	Mehrere Flyer mit der Aufschrift „Asyl-Wahnsinn stoppen“ wurden gefunden.	Bezirksamt M-H, "Hellersdorf hilft", Die Linke	Propaganda	Rassismus	stadtteilübergreifend (M-H)
74.	28. Jan 14	In der Henny-Porten-Straße wurden acht rechtsextreme Aufkleber (3x „Nein zum Heim“, 4x „NPD - Thema Asyl“, 1x „Bewegung Neue Ordnung, gegen die EU“) gefunden.	Register Lichtenberg	Propaganda	Rassismus	Hellersdorf-Ost
75.	27. Jan 14	Ein Feuerwerkskörper wurde durch ein angeklapptes Fenster des Flüchtlingsheims in der Carola-Neher-Straße geworfen. Personen kamen nicht zu Schaden.	taz	Angriff	Rassismus	Hellersdorf-Ost
76.	24. Jan 14	Auf der „Facebook“-Seite der „Bürgerbewegung Hellersdorf“ wurde die Heimleitung des Flüchtlingsheimes in der Carola-Neher-Straße als „alkoholkrank“ diffamiert.	Polis*	Bedrohung/ Beleidigung/ Pöbele	Sonstiges	Hellersdorf-Ost
77.	20. Jan 14	Ein Bewohner des Flüchtlingsheims in der Carola-Neher-Straße wird in der U-Bahn in der Nähe des Cottbusser Platzes von zwei Sicherheitsmännern aus dem Heim aus rassistischer Motivation angegriffen. Er wird von einem Mann festgehalten, während der andere ihn schlägt. Der Bewohner erstattet Anzeige bei der Polizei.	ReachOut	Angriff	Rassismus	Hellersdorf-Ost
78.	19. Jan 14	Ein Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes des Flüchtlingsheims in der Carola-Neher-Straße ist von einem 25-jährigen rassistisch beleidigt worden.	versch. Presse	Bedrohung/ Beleidigung/ Pöbele	Rassismus	Hellersdorf-Ost
79.	19. Jan 14	Vor dem Eingang des Flüchtlingsheims in der Carola-Neher-Straße führt ein rechtsextremer Musiker einen Musikedurch, der anschließend auf der „Facebook“-Seite der „Bürgerbewegung Hellersdorf“ auftaucht. In dem Lied taucht u.a. folgende antisemitische Passage auf:	Antisemitismus-Register Berlin	Propaganda	Antisemitismus	Hellersdorf-Ost

		„Befreit euch von der Lüge, Brüder dieser Welt vereinigt euch, und Zion fällt.“				
80.	15. Jan 14	Über Nacht wurden im Kreuzungsbereich Raoul-Wallenberg-Straße/Franz-Stenzer-Straße ca. 20-30 Aufkleber mit rechtsextremen Inhalten verbreitet.	Bürger/in	Propaganda	Rechte Selbstdarstellung	Marzahn-Mitte
81.	15. Jan 14	In der Nacht wurde das Wahlkreisbüro des Berliner Sozialsenators Mario Czaja (CDU) angegriffen. Vor der Tür wurde ein Plakat mit der Aufschrift „Nein zum Heim“ aufgehängt. Die Aktion wurde gefilmt und auf der „Facebook“-Seite der „Bürgerbewegung Hellersdorf“ gepostet.	taz	Propaganda	Politische/r Gegner/in	Mahlsdorf
82.	06. Jan 14	Ein Mann (in Begleitung eines weiteren Mannes und einer Frau) brachte gegen 0:20 Uhr Aufkleber an die Fassade des Wohnheims in der Carola-Neher-Straße an, die sich gegen das Heim aussprachen. Die Personen erhielten einen Platzverweis und ein Ordnungswidrigkeitsverfahren seitens der Polizei.	Polizei Berlin	Propaganda	Rassismus	Hellersdorf-Ost
83.	01. Jan 14	Die Eingangstür des Flüchtlingsheims in der Carola-Neher-Straße wird gegen 1:20 Uhr von zwei Unbekannten mittels Pyrotechnik beschädigt. Die Tat wird durch Mitarbeiter des heimeigenen Sicherheitsdienstes beobachtet.	Polizei Berlin	Angriff	Rassismus	Hellersdorf-Ost